



INTERNATIONALE
Zeitschrift
für STAATLICHE FINANZKONTROLLE



Redaktionsbeirat

Franz Fiedler, President, Court of Audit,
Austria
Sheila Fraser, Auditor General, Canada
Mohamed Raouf Najar, Premier Président,
Cour des Comptes, Tunisia
David M. Walker, Comptroller General,
United States
Clodosbaldo Russian Uzcategui,
Comptroller General, Venezuela

Präsident der IZSF

Jacquelyn Williams-Bridgers (U.S.A.)

Chefredakteur

Donald R. Drach (U.S.A.)

Redakteure

Linda J. Sellevaag (U.S.A.)
Alberta E. Ellison (U.S.A.)

Redaktionelle Mitarbeiter/Außenredakteure

Office of the Auditor General (Canada)
Deepak Narain (ASOSAI-India)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Michael C.G. Paynter (CAROSAI-Trinidad
and Tobago)
EUROSAI General Secretariat (Spain)
Khemais Hosni (Tunisia)
Yadira Espinoza Moreno (Venezuela)
INTOSAI General Secretariat (Austria)
U.S. General Accounting Office (U.S.A.)

Verwaltung/Finanzen

Sebrina Chase (U.S.A.)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Jong-Nam Lee, Chairman, Board of Audit and
Inspection, Korea,
Chairman
Árpád Kovács, President, Allami
Számvevőszék, Hungary,
First Vice-Chairman
Osama Jaffer Faqeeh, President, General
Auditing Bureau, Saudi Arabia,
Second Vice-Chairman
Franz Fiedler, President, Rechnungshof,
Austria,
Secretary General
Arah Armstrong, Director of Audit, Audit
Department, Antigua and Barbuda
Valmir Campelo, Ministro, Presidente do
Tribunal de Contas da União, Brazil
Leopold A.J. Ouedraogo, Inspecteur
Général d'Etat, Burkina Faso
Mohamed Gawdat Ahmed El-Malt, President,
Central Auditing Organization, Egypt
Vijayendra Nath Kaul, Comptroller and Auditor
General, India
Tsutomu Sugiura, President of the Board of
Audit, Japan
Bjarne Mørk Eidem, Auditor General,
Riksrevisjonen, Norway
Genaro Matute Mejía, Contralor General,
Contraloría General, Peru
Alfredo José de Sousa, President, Tribunal
de Contas, Portugal
Pohiva Tu'i'onetoa, Auditor General, Audit
Department, Tonga
Mohamed Raouf Najar, Premier Président,
Cour des Comptes, Tunisia
Sir John Boum, Comptroller and Auditor
General, National Audit Office, United
Kingdom
David M. Walker, Comptroller General,
General Accounting Office, United States
Guillermo Ramírez, President, Tribunal de
Cuentas, Uruguay

© 2003 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mit helfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7814, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanruf: 202-512-4707, Telefax: 202-512-4021, e-Mail: spel@gao.gov).

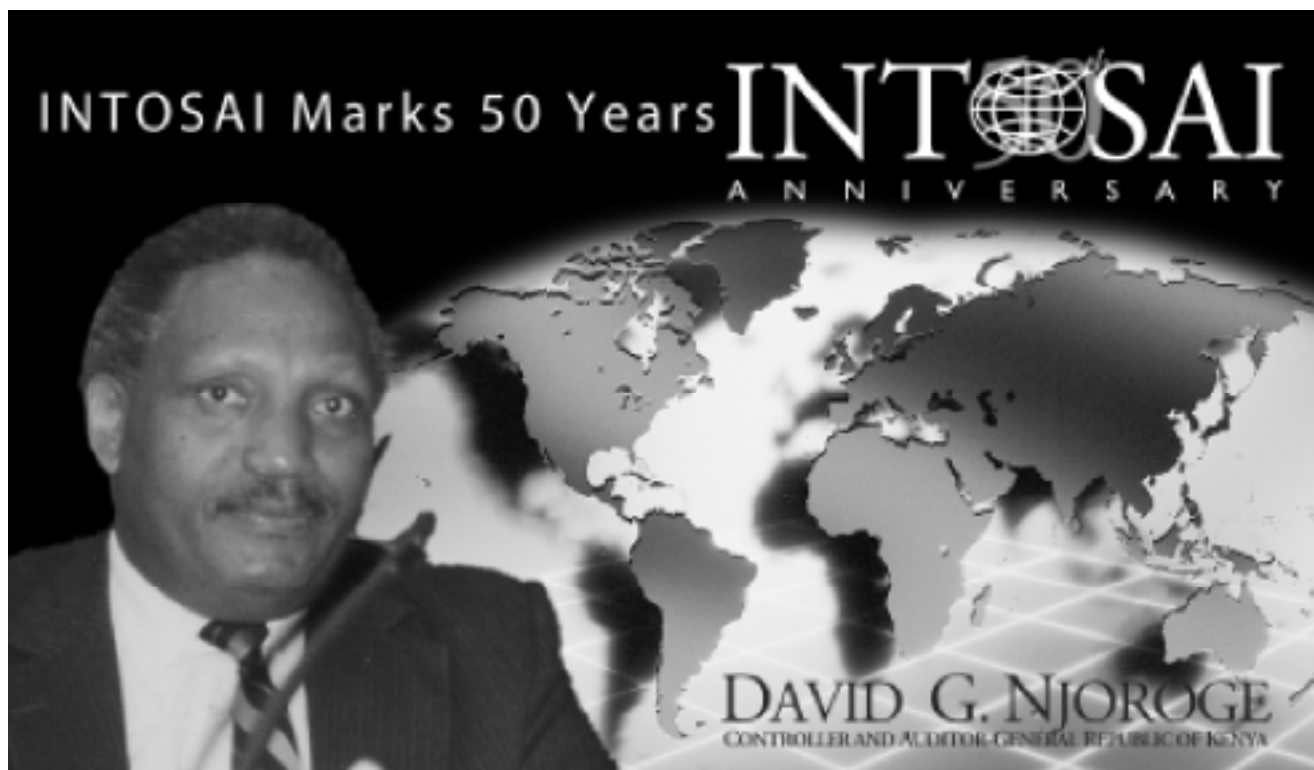
Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird an die Mitglieder der INTOSAI und andere Interessierte unentgeltlich verteilt. Die *Zeitschrift* ist in elektronischer Form unter www.intosai.org erhältlich sowie unter folgender e-Mail-Adresse: spel@gao.gov.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen **Accountants' Index** und in den **Management Contents** bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

Leitartikel	1
Neues in Kürze	4
Gastartikel	10
Die Entwicklung der Umweltprüfung innerhalb der INTOSAI	14
Beziehungen zwischen ORKB und Parlamentsausschüssen	17
Neunte Generalversammlung der AFROSAI	22
XII. OLACEFS Tagung	26
18. Konferenz der Auditor General des Commonwealth	29
Länderprofil: Burkina Faso	32
Neuerscheinungen	35
INTOSAI Intern	37



Anmerkung der Redaktion

Es ist uns eine Ehre, dieser Ausgabe zum 50-jährigen Jubiläum der INTOSAI einen Leitartikel von David G. Njoroge, dem Controller und Auditor-General von Kenia, vorzustellen zu können. Njoroge, der seit 36 Jahren an der Spitze der ORKB von Kenia steht, ist der Doyen der INTOSAI-Gemeinschaft und sieht die Organisation aus einem ganz besonderen Blickwinkel. Njoroge war 1980 Gastgeber des INTOSAI Kongresses in Nairobi und führte von 1980-1983 den Vorsitz der INTOSAI.

Ich erachte es als ein besonderes Privileg, anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums der INTOSAI diesen Leitartikel über die Organisation schreiben zu dürfen.

50 Jahre sind vergangen, seitdem im Jahr 1953 34 Oberste Rechnungskontrollbehörden auf Einladung der kubanischen ORKB unter dem Vorsitz von Dr. Emilio Fernandez Camus in der kubanischen Hauptstadt Havanna zum ersten Mal zusammengetroffen waren. Diese Tagung von staatlichen Rechnungsprüfern in Havanna bereitete schließlich den Weg für die Gründung der Internationalen Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) als internationales Forum für die staatliche Finanzkontrolle. Die alle drei Jahre stattfindenden Kongresse sind in diesen 50 Jahren ein wichtiger Bestandteil der INTOSAI geblieben, und getreu dem Motto der Organisation "Experientia mutua omnibus prodest" ist die Organisation gewachsen und hat bedeutende Veränderungen erfahren – eine Tatsache, auf die die Mitglieder und alle beteiligten ORKB sehr stolz sind.

Seit dem Kongress in Havanna wurden von den ORKB 17 weitere Weltkongresse abgehalten, von denen der jüngste, der 17. INTOSAI Kongress, von 22. bis 27. Oktober 2001 in Seoul, in Südkorea, stattfand. 471 Delegierte, Beobachter und Begleitpersonen aus 139 von insgesamt 176 Mitglieds-ORKB sowie ein Nicht-Mitglied und 12 internationale Organisationen nahmen daran teil. Diese bemerkenswerten Zahlen sind ein klarer Beweis für die große Bedeutung, die die ORKB der INTOSAI beimessen, und außerdem ein hervorragender Indikator für das Anwachsen

der Organisation. An meinem ersten Kongress in Tokio, Japan, 1968 nahmen 169 Mitglieder aus 70 ORKB teil. Für einen Zeitraum von nur 15 Jahren war das bereits ein großer Fortschritt gegenüber Havanna, aber die damalige Situation war noch weit entfernt von dem Bild, das die jüngsten Kongresse boten. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass damals zahlreiche Grundsätze, die heute ausschlaggebend für die Funktionsweise der INTOSAI sind, noch nicht formuliert worden waren. Die Kongresse waren die wichtigsten Veranstaltungen der Organisation, und die 1965 gegründete OLACEFS war zu dieser Zeit die einzige Regionalorganisation der INTOSAI. Gegenwärtig gibt es sieben Regionalorganisationen: die AFROSAI, ARABOSAI, ASOSAI, CAROSAI, EUROSAI, OLACEFS und SPASAI. Diese regionalen Arbeitsgruppen haben den Austausch von Ideen und Erfahrungen unter Ländern mit einer ähnlichen geografischen Lage, ähnlichen Prüfungsmandaten und Funktionen oder derselben Sprache immens gefördert und einen enormen Beitrag zur Weiterentwicklung der INTOSAI und zur Erlangung ihres heutigen Status geleistet. Die Einrichtung eines eigenen Schulungsbereichs, der INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI), war für die ORKB ein wichtiger Schritt im Bereich der Personalentwicklung. Das Mitgliederverzeichnis mit den vollständigen Adressen zur Vereinfachung der Kommunikation unter den ORKB hat sich ebenfalls als äußerst wertvoll erwiesen.

Unsere Mitglieder sind innerhalb der Organisation nach wie vor sehr aktiv und unterstützen die Programme der INTOSAI, da sie sich der besonderen Vorteile durch eine aktive Mitwirkung bewusst sind. So diente dieses Forum einzelnen ORKB als Ideenlieferant und Inspirationsquelle für die Verbesserung und Modernisierung ihrer staatlichen Finanzkontrollinstitutionen.

Ein kurzer Blick auf die frühere Geschichte der INTOSAI verhilft uns vielleicht zu einem klareren Bild der Veränderungen, die in der Zwischenzeit stattgefunden haben. Die ersten 15 Jahre bis zum 6. INCOSAI in Tokio, Japan, könnte man treffend als die Entwicklungsjahre der Organisation bezeichnen. Als klar wurde, dass die kubanische ORKB nach 1960 nicht mehr Sitz des ständigen Sekretariats sein konnte, übernahm das auf dem 5. INCOSAI in Jerusalem bestellte Präsidium auf sehr effektive Weise die Planung für den nächsten Kongress und stand dem Sekretariat mit Rat und Tat zur Seite. Auf dem 6. INCOSAI in Tokio wurde die Geschäftsordnung der INTOSAI von den ORKB angenommen, und es wurde beschlossen, Österreich zum ständigen Sitz der Organisation zu machen. Dabei wurden auch die grundlegenden Verwaltungsvorschriften erlassen und ein Sekretariat eingerichtet. Seither haben die verschiedenen Präsidien das Sekretariat in seiner Aufgabe gelenkt, in der Zeit zwischen den Kongressen als Bindeglied zwischen den ORKB zu fungieren. Das Präsidium, das Sekretariat und die Komitees spielten eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung verschiedener Produkte, die für die nationalen ORKB von unschätzbarem Wert waren. Zu diesen Produkten zählen die INTOSAI Prüfungsnormen, die seit ihrer Erstellung 1989 und ihrer Überarbeitung 1992 – um auch jene ORKB mit einzubeziehen, die als Rechnungshöfe organisiert sind – als best practice-Richtlinien für die Mitglieds-ORKB fungieren. Ein 1984 zur Ausarbeitung von Empfehlungen und Plänen für die Entwicklung von Prüfungsnormen und –richtlinien eingerichtetes Komitee veröffentlicht weiterhin neue Normen im Wege eines Entwurfsverfahrens, das den ORKB die Möglichkeit gibt, sich aktiv an diesem Prozess zu beteiligen und ihre Anliegen mit einzubringen. Zu den jüngsten Richtlinien, die auf dem Kongress von Seoul verabschiedet wurden, zählen die Richtlinien über das beste Vorgehen bei der Prüfung der Wirtschaftsregulierung, die Richtlinien über das beste Vorgehen bei der Prüfung des öffentlich-privaten Finanzierungs- und Konzessionswesens, die Richtlinien zur

Planung und Durchführung von Prüfungen der internen Revision der Staatsschuld und der Leitfaden für die Durchführung von Prüfungen mit umweltbezogenen Themenstellungen.

Mittlerweile ist die Zahl unserer Mitglieder auf 185 angewachsen, und ich glaube, dass alle Mitglieds-ORKB enorm von diesen Aktivitäten und Programmen profitiert haben. Die INTOSAI Kongresse sind nach wie vor bedeutende Ereignisse, bei denen die ORKB zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem Ort zusammenkommen, um im Rahmen eines Austauschs von Erfahrungen und Informationen und eines Voneinanderlernens gemeinsame Probleme zu erörtern und zu lösen. Vor allem der innovative Schritt von der Praktik, alle Programmpunkte des Kongresses in Plenarsitzungen zu behandeln, hin zur Einrichtung von verschiedenen Untergruppen, in denen die einzelnen Themen diskutiert werden, hat die Mitwirkung der Teilnehmer erheblich verbessert und gezieltere Diskussionen seitens der Mitglieder ermöglicht. Darüber hinaus haben das Präsidium, die Komitees, Arbeitsgruppen und Task Forces, die auf den verschiedenen Kongressen eingesetzt wurden, weitere Tagungen, Seminare, Schulungskurse, Symposien, regionale Kongresse und Präsidialtagungen in allen Teilen der Welt organisiert und durchgeführt. Der von der Task Force für strategische Planung vorgeschlagene 5-Jahres Plan und die vom Komitee für Prüfungsrichtlinien geplante Zusammenarbeit mit der IFAC sind zwei aktuelle und interessante Beispiele dafür. Die Mitglieds-ORKB haben von diesen Aktivitäten und Programmen enorm profitiert.

In diesen 50 Jahren sind die Institutionen der Finanzkontrolle enger zusammengedrückt, um gemeinsam nach Wegen und Möglichkeiten zur Bewältigung von Herausforderungen ähnlichen Charakters, insbesondere im Hinblick auf die Rolle der ORKB bei der Aufsicht über die Ausgaben der Verwaltung und die Verwendung gemeinsamer oder öffentlicher Ressourcen, zu suchen. Angesichts des 50-jährigen Jubiläums der INTOSAI möchte ich an die ORKB appellieren, gemäß unserem Motto "Experientia mutua omnibus prodest" ihre Zusammenarbeit zur Förderung der Rechenschaftspflicht für das höhere Gemeinwohl fortzusetzen, denn keine Nation kann allein ebensoviel erreichen wie wir alle gemeinsam durch die INTOSAI.

NEUES



Bangladesch

Neuer Comptroller und Auditor General

Am 2. Januar 2003 wurde Asif Ali zum neuen Comptroller und Auditor General von Bangladesch ernannt. Er folgt Muhammad Ahsan Ali Sarkar nach, der nach Beendigung seiner Amtszeit in den Ruhestand trat.

Vor seiner Ernennung bekleidete Ali die Position des obersten Haushaltsbeauftragten der Verwaltung von Bangladesch. 1971 trat er in den Military Accounts Service von Pakistan ein und übte anschließend verschiedene Ämter im öffentlichen Dienst von Bangladesch aus, wie zum Beispiel das des leitenden Finanzcontrollers der Marine und der Luftwaffe, des zweiten Generaldirektors (Finanzen) der Eisenbahngesellschaft von Bangladesch und des Generaldirektors der Akademie für Rechnungsprüfung und Rechnungswesen sowie der Akademie für Finanzmanagement.

Ali absolvierte erfolgreich ein Studium in Politikwissenschaften und verfügt außerdem über einen Abschluss in Rechtswissenschaften von der Universität von Dhaka, an der er als Dozent am Institut für Politikwissenschaften tätig war.

Er nahm an verschiedenen internationalen Schulungsseminaren und Tagungen der ASOSAI und INTOSAI teil und war außerdem

Mitglied des UN-Teams, das die Zentralen der UNDP und der UNICEF in New York sowie die UNEP-Zentrale in Nairobi geprüft hat. Er ist Autor einer Reihe von Büchern über das Prüfungs- und Rechnungswesen und hat zahlreiche Artikel in heimischen und internationalen Zeitschriften veröffentlicht.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Comptroller and Auditor General, Audit Bhaban, 189, Shahid Syed Nazrul Islam Saran, Dhaka-1000; Tel.: ++880 (2) 831 46 53; E-Mail: saibd@citechco.net, www.cagbd.org.

Barbados

Jahresbericht für 2001 veröffentlicht

Im Januar 2002 legte die ORKB von Barbados dem Parlament ihren Jahresbericht für das am 31. März 2001 zu Ende gegangene Haushaltsjahr vor. Grundlage für die Feststellungen des Berichts war die Prüfung der Jahresabschlüsse der Ministerien und Verwaltungsabteilungen.

Im Bericht wurden Verbesserungen bei der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Verwaltung registriert. Allerdings wurde auch auf eine Reihe von Problembereichen hingewiesen, wie zum Beispiel die Debitorenverwaltung durch die für die Ein-

hebung der Staatseinkünfte verantwortlichen Dienststellen, die fortgesetzte Nichteinhaltung von Finanzvorschriften im Hinblick auf Warenlieferungs- und Dienstleistungsverträge, die Zahl von öffentlich-rechtlichen Körperschaften und anderen Verwaltungsdienststellen, die ihre Rechnungsführung nicht rechtzeitig zur Prüfung vorlegen, und kontinuierliche Probleme mit Haushaltsbeauftragten, die die Zentralrechnungen nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen vorlegen. Auf Grund einiger dieser Aspekte war der Auditor General nicht in der Lage, bestimmte Prüfungen zeitgerecht abzuschließen und eine Prüfungsbescheinigung für die Rechnungsabschlüsse auszustellen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Barbados Audit Office, Weymouth Corporate Centre, Roebuck Street, St. Michael; Tel.: ++1 (246) 426-2537; Fax: ++1 (246) 228-2731.

Chile

Neuer Contralor General

Im August 2002 wurde Gustavo Sciolla vom Präsidenten der Republik Chile, Ricardo Lagos, mit Zustimmung des Senats zum neuen Leiter der chilenischen ORKB ernannt. Er folgt Arturo Aylwin nach, dessen Amtsperiode nach 5 Jahren zu Ende gegangen ist.

Zum Zeitpunkt seiner Ernennung war Sciolla Leiter der Abteilung, die über die Gesetzmäßigkeit von Präsidentialverfügungen für Beamte entschied und sie registrierte.

Sciolla absolvierte sein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität von Concepción. Er ist seit 45 Jahren in der ORKB tätig. Im Laufe seiner Karriere beschäftigte er sich hauptsächlich mit Personalfragen im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Er verfügt über umfassende Kenntnisse in Bezug auf Aspekte wie Sozialversicherung,

Pensionen und Gehälter. Er wirkte an zahlreichen Studien mit, darunter die Besoldungsordnung für Beamte und das aktuelle Verwaltungsgesetz sowie andere, die ORKB betreffende Gesetze.

Sciolla gehörte zu den Teilnehmern am XVI. INCOSAI in Montevideo, wo er einen der Vorträge über die Rolle der ORKB bei der Aufdeckung und Vorbeugung von Betrug und Korruption hielt. Im September 2002 war er der Leiter der chilenischen Delegation auf der XII. OLACEFS Tagung und der XXVII. Präsidentialtagung in Mexiko.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Contraloria General de la Republica, International Relations Unit, Teatinos 56 Piso 9°, Santiago de Chile; Tel: ++56 2 870 1474 oder 56 2 870 1158; Fax: ++56 2 688 4239 oder 56 2 695 0732; oder e-Mail: contralorgeneral@contraloria.cl.



Gustavo Sciolla

Kanada

Erster Jahresstatusbericht veröffentlicht

Der erste Jahresstatusbericht der ORKB von Kanada, der im Oktober 2002 dem Parlament vorgelegt

wurde, bietet eine allgemein enttäuschende Beurteilung der Bemühungen der kanadischen Verwaltung, die Probleme in fünf kosten- und risikointensiven Bereichen, die bereits in früheren Berichten der ORKB genannt wurden, zu beheben. Zu diesen Bereichen zählen der Schutz der Integrität der Sozialversicherungsnummer, das nationale Gesundheitsüberwachungssystem, die Bundesunterstützung für die Gesundheitsversorgung und die Leitung der NATO-Pilotenausbildung in Kanada sowie des Finanzierungsprogramms für kanadische Klein- und Mittelbetriebe.

Der Statusbericht für 2002, den die Leiterin der kanadischen ORKB, Sheila Fraser, als einen "Weckruf für die Behörden" bezeichnete, kam zu der Schlussfolgerung, dass zwar einige Verbesserungen vorgenommen wurden, aber "insgesamt das Tempo zu langsam sei und die Ergebnisse vielfach auf sich warten ließen". Fraser hofft, dass die jährlichen Statusberichte – der nächste ist für den Frühling 2003 geplant – "eine zusätzliche Motivation für die Dienststellen darstellen, auch die entsprechenden Handlungen zu setzen".

Die Weiterverfolgung früherer Empfehlungen ist seit vielen Jahren Teil der normalen Tätigkeit der ORKB, aber der selektivere Ansatz des Statusberichts konzentriert sich vor allem auf kosten- und risikointensive Probleme, die für das Parlament von größtem Interesse sein dürften.

Der jährliche Statusbericht wird einer der vier regelmäßigen Berichte sein, die von der Leiterin der kanadischen ORKB dem Unterhaus alljährlich vorgelegt werden können. Die Einführung dieses neuen Berichts fällt mit dem 25-jährigen Bestehen des Finanzkontrollgesetzes von 1977 zusammen. Dieses Gesetz, das 1995 novelliert wurde, erweiterte das Mandat der ORKB, die nun auch darüber Bericht erstattet, ob die Verwaltungspolitik sparsam und wirtschaftlich umgesetzt wird, ob

entsprechende Maßnahmen zur Beurteilung ihrer Wirksamkeit eingerichtet wurden und ob ihre Auswirkungen auf die Umwelt berücksichtigt werden.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Office of the Auditor General of Canada, Fax: ++1 (613) 957 4023; e-Mail: communications@oag-bvg.gc.ca.

Schweiz

125-jähriges Jubiläum der Eidgenössischen Finanzkontrolle

Von 12. - 13. September 2002 beging die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) ihr 125-jähriges Jubiläum mit einem Festakt und einer Konferenz im Nationalrat.

Das Eidgenössische Kontrollbureau, die Vorgängerinstitution der EFK, wurde 1877 gegründet. Als die gegenwärtigen eidgenössischen Finanzaufsichtssysteme im Oktober 1902 in der Schweiz eingerichtet wurden, waren bereits verschiedene Anträge auf Gründung eines Rechnungshofs im Parlament eingebracht worden. Nachdem dies aber bedeutet hätte, dass die Bundesversammlung ihre exklusiven obersten Aufsichtskompetenzen mit dem Rechnungshof teilen müsste, schlug der Bundesrat 1899 den Aufbau eines neuen Systems mit den bestehenden Institutionen vor. Das Eidgenössische Kontrollbureau wurde in die EFK umgewandelt, und aus den ad-hoc Ausschüsse, die zur Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung eingesetzt worden waren, wurden die ständigen Finanzausschüsse des Nationalrats und des Ständerats.

Die wichtigste Reform im neuen System war die Gründung des gemeinsamen Finanzausschusses im Jahr 1902, der somit sein 100-Jahr-Jubiläum feiert. Der gemeinsame Finanzausschuss ist für die Prüfung und Überwachung des gesamten Bundeshaushalts verantwortlich. Seine Mitglieder stammen aus beiden



Kurt Grüter

Kammern des Parlaments, worunter auch drei Mitglieder aus jedem Finanzausschuss sind. Im Laufe der Zeit entwickelte sich die EFK zu einer unabhängigen Institution, in deren Verantwortung die Finanzaufsicht der Eidgenossenschaft liegt.

An der Jubiläumsfeier der EFK nahmen zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland teil, darunter Vertreter der Schweizer Verwaltung, des Parlaments und der Rechnungskontrollbehörden der Kantone sowie die Leiter Oberster Rechnungskontrollbehörden anderer europäischer Länder.

In seiner Begrüßungsrede beschrieb der Leiter der EFK, Kurt Grüter, wie sich die Rolle und die Aktivitäten der EFK in ihrer 125-jährigen Geschichte verändert haben. Heute führt die EFK ihre Aufgaben unabhängig und autonom in Übereinstimmung mit den INTOSAI-Kriterien aus. Gleichzeitig unterhält die EFK ausgezeichnete Beziehungen mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement der Schweiz (auf Ministeriumsebene), mit dem Bundesrat (auf Verwaltungsebene) und dem Parlament.

Beim Festakt überbrachte Dr. Franz Fiedler, der Generalsekretär der INTOSAI und Präsident des österreichischen Rechnungshofs, seine Glückwünsche zum 125-jährigen Bestehen der EFK. Er bekräftigte, dass das Finanzaufsichtssystem der Schweiz international höchste Anerkennung genießt und unterstrich auch die aktive Mitwirkung der EFK an internationalen Aktivitäten.

Zeitgleich zu den Jubiläumsfeierlichkeiten fand eine Konferenz statt, die sich mit der äußerst brisanten Frage auseinandersetzte, auf welche Bereiche sich die Rechen-

schaftspflicht der Eidgenossenschaft erstreckt und wie die damit verbundenen Risiken gesteuert werden sollten. Die Eidgenossenschaft legt öffentliche Aufgaben in die Hände landwirtschaftlicher und anderer Organisationen, und Outsourcing, Privatisierung und Wettbewerb sind Konzepte, die inzwischen auch in der Schweizer Verwaltung zum Einsatz kommen. Dennoch übernimmt die Eidgenossenschaft nach wie vor die Zweithaftung für Unternehmen wie die SBB (Schweizer Bundesbahnen), die Schweizer Post und Skyguide (Flugsicherung). Obwohl die Eidgenossenschaft ein enormes Risiko trägt, hat sie keinerlei Mitsprache- oder Kontrollmöglichkeiten. Soll die Eidgenossenschaft weiterhin die Haftung übernehmen, und wenn ja, zu welchen Bedingungen und mit welchem Maß an Einflussnahme? Verschiedene Redner leisteten einen Beitrag zur Diskussion, darunter die internationale Gastrednerin, Dr. Hedda von Wedel, Mitglied des Europäischen Rechnungshofs, die eine Fallstudie zu diesem Thema präsentierte.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Eidgenössische Finanzkontrolle, Fax: ++41 (31) 323 11 01; e-Mail: info@sfk.admin.ch; Website: www.sfa.admin.ch

Europäischer Rechnungshof

Treffen zwischen den Leitern der ORKB der EU und den Beitrittskandidaten

Die Leiter der 15 ORKB der Europäischen Union hielten von 27. – 28. November in Luxemburg ihre 25. Jahrestagung ab. Den Vorsitz führte der Präsident des Europäischen Rechnungshofs, Juan Manuel Fabra Vallés. Erörtert wurden dabei unter anderem folgende Themen: die Koordinierung der ORKB-Aktivitäten zum Schutz der finanziellen Interessen der EU,

parallele Prüfungen der Verwaltung der Strukturfonds und die Restrukturierung des Kontroll- und Innenrevisionssystems sowie des einheitlichen Prüfungskonzepts der Europäischen Kommission. Am 28. November 2002 wurden die Leiter der nationalen ORKB der 13 Beitrittskandidaten zum ersten Mal zur Teilnahme an der offiziellen Tagung und zur Erörterung gemeinsamer Anliegen eingeladen, wie zum Beispiel die Einrichtung einer Arbeitsgruppe über "Prüfungsaktivitäten" und die Beziehungen zwischen den nationalen Parlamenten und den ORKB. Eine intensive Zusammenarbeit und ein verstärkter Informationsaustausch zwischen dem EuRH und den nationalen ORKB in Europa sind von größter Bedeutung für eine wirtschaftliche und wirksame Verwaltung und Kontrolle der EU-Gelder.

Die Kooperation zwischen dem Europäischen Rechnungshof und den ORKB der EU-Mitgliedstaaten in Form von regelmäßigen offiziellen Tagungen und Arbeitstreffen besteht bereits seit 1977. Nach Maßgabe des EU-Vertrages soll der EuRH seine Prüfungen "in Verbindung" mit den nationalen Rechnungskontrollorganisationen der jeweiligen Mitgliedsstaaten durchführen. Daher war es erforderlich neben dem regelmäßigen Informationsaustausch zwischen den Prüfungsinstitutionen die Prüfungsansätze der betreffenden Institutionen weiterzuentwickeln und zu harmonisieren.

Seit 1997 intensiviert der Europäische Rechnungshof seine Zusammenarbeit mit den Beitrittsländern sowohl auf formaler als auch auf praktischer Ebene, um einen regelmäßigen Austausch von Informationen zu ermöglichen, Prüfungsmethodologien zu harmonisieren und die fachliche Ausbildung zu verbessern. SIGMA (eine bei der OECD ansässige Organisation) und die ORKB der EU-Mitgliedstaaten nehmen ebenfalls aktiv an diesen Aktivitäten teil, mit deren Hilfe die Qualität der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Beitrittskandidaten erhöht werden soll. Nähere Informationen sind

erhältlich unter http://www.eca.eu.int/EN/enlargement/history_background.htm.

Eine Reihe von nationalen ORKB aus den EU-Mitgliedstaaten haben verschiedene Partnerschaftsprojekte mit ORKB der Beitrittswerber initiiert. Diese von der Europäischen Union finanzierten Projekte sollen die Organisation und die Methodologie der ORKB der Beitrittskandidaten weiter entwickeln, damit sie in der Lage sein werden, nach ihrem Beitritt wirksame Prüfungen der EU-Mittel durchzuführen.

Rechnungshof veröffentlicht Jahresbericht 2001

Im November 2002 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof seinen Jahresbericht 2001 über den allgemeinen Haushalt der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Im Rechnungshof-Bericht wurde festgestellt, dass der Rechnungsabschluss der EU für 2001 – von bestimmten Schwachstellen in der Konzipierung des Rechnungsführungssystems, auf die der Rechnungshof in der Vergangenheit bereits hingewiesen hatte, abgesehen – ein authentisches Bild der Finanzlage der Gemeinschaft darstellt. Als Reaktion auf den Bericht kündigte die Europäische Kommission die Initiierung eines Plans zur Reformierung des Rechnungsführungssystems an, um die Bedenken des Rechnungshofs auszuräumen. Der Rechnungshof wird die Erstellung und Umsetzung dieses Plans genau beobachten und darüber berichten. Wie in den Vorjahren erteilte der Rechnungshof nur eine positive Zuverlässigkeitserklärung für die Gesetzmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit jener Transaktionen, die den Verbindlichkeiten, Ressourcen und Verwaltungsausgaben zugrunde liegen. Der Rechnungshof verweigerte eine positive Zuverlässigkeitserklärung für andere Arten von Zahlungen, die den Großteil des Geldwerts des Haushalts ausmachen, auf Grund von Fehlern, die auf Mängel in den von der

Kommission und den Mitgliedstaaten eingesetzten Systemen zur Verwaltung von Gemeinschaftsmitteln zurückzuführen sind.

Der Bericht beinhaltet unter anderem die folgenden Feststellungen:

- Agrarausgaben: Die Genauigkeit der von Landwirten und anderen Begünstigten in ihren Zahlungsanträgen gemeldeten Sachverhalte ist im Vergleich zu den Vorjahren nicht gestiegen.
- Strukturmaßnahmen: Die Angaben über die Aufwendungen der Mitgliedstaaten wiesen nach wie vor Fehler auf, die aus Schwachstellen in den Kontrollsystemen herrühren.
- Ausgaben für humanitäre Hilfe und Lebensmittelhilfe: Die Zahlungen der Kommission an zwischengeschaltete Stellen, die für die Umsetzung der Projekte verantwortlich sind, (nationale Behörden, nicht-staatliche Organisationen, Organisationen der Vereinten Nationen) waren grundsätzlich gesetzmäßig und ordnungsmäßig erfolgt. Allerdings zeigten Fehler bei den Zahlungen, die diese Organisationen an die Endbegünstigten leisteten, deutlich die Notwendigkeit verstärkter Kontroll- und Verwaltungsrichtlinien seitens der Kommission.
- Das Haushaltsjahr 2001 ergab einen Überschuss von Einnahmen gegenüber Ausgaben in Höhe von 15.013 Millionen Euro oder 16 % des endgültigen Haushalts der Kommission. Dieser Überschuss leitete sich vor allem aus Verzögerungen bei der Umsetzung von Strukturmaßnahmen durch die Mitgliedstaaten her.

Das Haushaltsjahr 2001 war ein wichtiges Übergangsjahr in der Verwaltungsreform der Kommission, vor allem in Bezug auf die Finanzgebarung und –kontrolle. Der Rat verabschiedete eine neue Finanzverordnung, die der Rechnungshof trotz einiger unzulänglicher Elemente befürwortete. Die

Generaldirektoren der Kommission erstellten ihre ersten jährlichen Tätigkeitsberichte und Erklärungen. Der Rechnungshof stellte fest, dass die Kommission (1) ihre Methodologie zur Erstellung von Berichten und Erklärungen verbessern sollte und (2) bessere Leitlinien bieten sollte. Der Rechnungshof bemerkte, dass die Verbesserung der Gebarung und Kontrolle für die Kommission vor allem in jenen Bereichen mit Problemen verbunden war, in denen die Gebarung gemeinsam mit den Mitgliedstaaten erfolgte (vor allem Landwirtschaft und Strukturmaßnahmen) und dass diese Probleme auf Schwierigkeiten bei der Zuweisung der jeweiligen Verantwortlichkeiten zurückzuführen waren.

Seit dem letzten Jahresbericht hat der Rechnungshof sieben Sonderberichte zu verschiedenen Aspekten der EU-Financen sowie 10 Stellungnahmen verabschiedet. Alle offiziellen Berichte des Rechnungshofs sind auf dessen Website in 11 verschiedenen Sprachen verfügbar. Der vollständige Wortlaut des Jahresberichts 2001 findet sich unter <http://www.eca.eu.int/DE/RA/2001/ra01.htm>. Die Kurzinformation zum Bericht ist unter <http://www.eca.eu.int/de/noteinfo/2001/nira01.pdf> verfügbar.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Abteilung Außenbeziehungen des Europäischen Rechnungshofs, Tel.: +352-021-36 31 03 (mobil), +352-4398-45410. Fax: +352-4398-46430, e-Mail: euraud@eca.eu.int oder Website: www.eca.eu.int.

Weltbankinstitut/ International Records Management Trust

Globales Forum über beweisgestützte Organisationsführung im elektronischen Zeitalter

Die Verwaltung von Dokumenten als Beweismaterial im 21. Jahrhundert

war das Thema einer Reihe von Workshops, an denen von 9. – 25. September in Johannesburg, Südafrika, Archivare und Lehrende im Bereich der Archivarsausbildung aus 38 Commonwealth Ländern aus der ganzen Welt teilnahmen. Das Weltbankinstitut und der International Records Management Trust (IRMT) fungierten als Sponsoren der Workshops, die vom südafrikanischen Nationalarchiv organisiert wurden.

Dieses globale Forum, das eine Komponente des mehrjährigen Weltbank-IRMT Projekts über beweisgestützte Organisationsführung im elektronischen Zeitalter darstellt, umfasst auch eine Zusammenarbeit zur Auffindung neuer Lösungen für die Verwaltung von Dokumenten als langfristiges Beweismaterial. Das konkrete Ziel der Workshops im September bestand in der Entwicklung eines Grundgerüsts, um unter hochrangigen Beamten von Entwicklungsländern die Dokumentation als wesentliche Komponente einer guten Organisationsführung zu integrieren. Dazu zählt auch, regionale Instrukturen und leitende Schriftgutverwalter auf ihre Aufgaben vorzubereiten.

Die Workshops, an deren Ende die Verabschiedung einer Reihe von Beschlüssen und die Erarbeitung eines speziellen Aktionsplans standen, sollen großen Anklang bei den Teilnehmern gefunden haben.

Auf den Tagungen im September wurden mit Partnerorganisationen in Washington D.C., Paris, London, Neu Delhi, Montevideo und Ottawa Videokonferenzen abgehalten. Zu den Rednern des Forums zählten Vertreter der Weltbank, der Commonwealth Human Rights Initiative, des Commonwealth Sekretariats, der britischen Behörde für Internationale Entwicklung, Transparency International, dem britischen Staatsarchiv, dem Nationalarchiv von Kanada und der Universität der Republik von Uruguay. Die Aktivitäten des globalen Forums wurden von der britischen Behörde für Internationale Entwicklung, dem Commonwealth

Sekretariat und dem Weltbankinstitut unterstützt.

Nähere Informationen zum Projekt über beweisgestützte Organisationsführung im elektronischen Zeitalter finden sich auf den Websites der Weltbank und der IRMT (www.worldbank.org/evidence oder www.irmt.org) oder sind per e-Mail erhältlich: npyne@irmt.org.

Internationales Konsortium für Staatliche Haushaltsführung und Weltbankinstitut

Gipfel über die Verringerung der Armut durch Verbesserung der staatlichen Haushaltsführung

Im November 2002 veranstaltete das Internationale Konsortium für Staatliche Haushaltsführung (ICGFM) gemeinsam mit dem Weltbankinstitut einen Gipfel zum Thema "Verringerung der Armut durch Verbesserung der staatlichen Haushaltsführung". Der Gipfel fand in den Vereinigten Staaten, am Rande von Washington D.C. statt. Über 70 Teilnehmer aus der ganzen Welt und in vielen Fällen erstmals auch aus allen Bereichen der staatlichen Haushaltsführung waren gekommen, um dieses Thema gemeinsam zu erörtern. Rechnungsprüfer, Buchsachverständige, Haushaltsdirektoren, Beschaffungsexperten und Mitglieder von Parlamentsausschüssen waren gefordert, Möglichkeiten und Wege für ein Zusammenwirken ihrer häufig nicht miteinander verbundenen Fachbereiche zu finden, um dadurch zur Verbesserung der Qualität und der Verwaltung öffentlicher Ausgaben beizutragen.

Bereits zu Beginn der Veranstaltung wurde der Begriff des "systemischen Risikos" eingeführt, um eine

gemeinsame Sprache für die fachübergreifenden Diskussionen zu finden und Gefahren aufzuzeigen, die verhindern, dass das öffentliche Finanzwesen einen Beitrag zur Verringerung der Armut leistet. Diese Risiken wurden mit ihrem Bezug auf die Haushaltserstellung, das Beschaffungswesen, den Haushaltsvollzug, die Finanzaufsicht und die Finanzkontrolle in einer Reihe interessanter Präsentationen aufgezeigt, die wiederum zu aufschlussreichen Diskussionsrunden und Aktionsforen

fürten. Die Teilnehmer waren allgemein der Ansicht, dass die Kombination verschiedener Blickwinkel eine Bereicherung für die Konferenz darstelle und dass das ICGFM bestens dazu geeignet sei, in seinen zukünftigen Konferenzen einen weiteren Austausch durch holistische Diskussionen von Möglichkeiten zur Verbesserung des staatlichen Haushaltsführungsprozesses zu erleichtern. Die Teilnehmer waren außerdem der Meinung, dass es wichtig sei, die

Haushaltsführung mit groß angelegten Verwaltungszielen wie Verringerung der Armut in Verbindung zu setzen und dass der Risikobegriff ein nützliches Vehikel für solche Diskussionen darstelle.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: ICGFM, 444 North Capitol Street, Suite 234, Washington, D.C. 20001, Tel.: (202) 624-8461, Fax: (202) 624-5473, e-Mail: members@icgfm.org.



Anmerkung der Redaktion

Seit der Gründung der INTOSAI als eine Partnerorganisation der UNO im Jahre 1953 haben die beiden Organisationen eine enge berufliche Beziehung zu jenen Obersten Rechnungskontrollbehörden aufgebaut, die Mitglieder der INTOSAI sind und eine bedeutende Rolle als externe Rechnungsprüfer der Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen spielen. Hochrangige Beamte der Vereinten Nationen nehmen ebenfalls regelmäßig an den in Dreijahresintervallen stattfindenden Kongressen der INTOSAI und an anderen Aktivitäten teil. In diesem Zusammenhang erläutert Generalsekretär Kofi Annan den Lesern dieser Zeitschrift seine Ansichten über die Wichtigkeit der Aufsichtsfunktion für sein Programm zur Reformierung der Vereinten Nationen.

Wirksame Aufsichtsdienste nehmen bei den Vereinten Nationen einen hohen Stellenwert ein und sind ein wesentlicher Bestandteil meiner Bemühungen zur Reformierung und Stärkung der Organisation, um sie für die Herausforderungen des 21. Jahrhundert zu wappnen.

Vor zwei Jahren bekräftigten die Staats- und Regierungschefs anlässlich der Millenniumsversammlung der Vereinten Nationen ihr Vertrauen in die Organisation und deren Charta als unabdingbare Grundlagen für eine friedlichere, wohlhabendere und gerechtere Welt. Dabei legten sie ihre Prioritäten für das neue Jahrhundert fest: "Kampf für die Entwicklung aller Völker der Welt; Kampf gegen Armut, Unwissenheit und Krankheit; Kampf gegen Ungerechtigkeit; Kampf gegen Gewalt, Terror und Kriminalität; und der Kampf gegen die Schwächung unseres gemeinsamen Hauses." Und sie beschlossen, die Vereinten Nationen zu einem wirkungsvolleren Instrument zur Umsetzung all dieser Prioritäten zu machen.

Tatsächlich war der Bedarf nach einer starken multilateralen Institution nie deutlicher spürbar als im gegenwärtigen Zeitalter der Globalisierung. Dieses neue Zeitalter der wechselseitigen Abhängigkeit und Integration eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, birgt aber auch viele Gefahren. Die Herausforderung der Zukunft liegt darin, unsere Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln zu stärken und so ein gemeinsames Schicksal in einer Zeit des immer rascher werdenden globalen Wandels zu schmieden.

Die Vereinten Nationen sind kein unveränderliches Denkmal für die hohen Ziele früherer Zeiten, sondern ein unfertiges Erzeugnis –

unvollkommen, wie es allen menschlichen Bemühungen zu Eigen ist, aber fähig zur Anpassung und Verbesserung. Die Vereinten Nationen können sich verändern und haben sich verändert, vor allem seit dem Ende des kalten Krieges, als die größte und hartnäckigste Quelle von Misstrauen unter ihren Mitgliedern beseitigt wurde und sich damit neue Bereiche kreativer Aktivitäten und Zusammenarbeit eröffneten. Bei meinem Amtsantritt als Generalsekretär im Jahre 1997 zählte es zu meinen vorrangigsten Prioritäten, die Strukturen und die Kultur des Sekretariats an die neuen Erwartungen und Herausforderungen, denen es gegenüberstand, anzupassen.

Vieles ist erreicht worden, nicht zuletzt die Millenniumserklärung selbst, die eine gemeinsame Vision für das neue Jahrhundert enthält und im wirtschaftlichen und sozialen Bereich präzise, zeitgebundene Entwicklungsziele – die Millenniums-Entwicklungsziele – für die ersten 15 Jahre des Jahrhunderts umfasst, die nun als ein gemeinsamer politischer Rahmen für das gesamte System der Vereinten Nationen dienen. Die Vereinten Nationen waren beim Kampf gegen die Verbreitung von HIV/AIDS an vorderster Front zu finden. Die Kapazitäten der Organisation zur Durchführung und Leitung von friedenserhaltenden und friedensstiftenden Operationen werden erhöht. Die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Elementen des Systems hat sich gebessert. Es wurden erfolgreiche Partnerschaften mit Nicht-Regierungsorganisationen, dem Privatsektor, akademischen Institutionen, Denkfabriken, philanthropischen Stiftungen und anderen nicht-staatlichen Akteuren geschlossen. Kurz, die Organisation geht mit der Zeit. Sie ist effizienter, offener und kreativer geworden. Aber es sind weitere Veränderungen erforderlich, und so habe ich im vergangenen Jahr eine neue Runde von, wie ich hoffe, ähnlich weitreichenden Veränderungen und Verbesserungen initiiert.

Das Amt für interne Aufsichtsdienste (OIOS) spielt in diesem Prozess eine zentrale Rolle als eines der Hauptinstrumente der Organisation zur Gewährleistung einer wirksamen internen Aufsicht und Rechenschaftspflicht. Das OIOS wurde 1994 von der Generalversammlung eingerichtet. Als unabhängiges Amt, das direkt dem Generalsekretär unterstellt ist, leistet es weltweite Prüfungs-, Untersuchungs-, Inspektions-, Programmüberwachungs-, Evaluierungs- und Beratungsdienste für das Sekretariat der Vereinten Nationen und eine Vielzahl von operativen Fonds und Programmen der UNO. Durch seine Tätigkeit wurden Fälle von Verschwendung, Betrug und Misswirtschaft aufgedeckt und Einsparungsmöglichkeiten in einer Gesamthöhe von rund US\$ 250 Millionen aufgezeigt, von denen fast US\$ 115 Millionen tatsächlich eingezogen und eingespart werden konnten. Alljährlich veröffentlicht das Amt mehr als 2 000 Empfehlungen zur Verbesserung der internen Kontrollen und zur Überwindung von Hindernissen für die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Organisation. Die Gesamtquote seiner umgesetzten Empfehlungen liegt nach 3 Jahren bei über 80 %, und Mitgliedstaaten und Mitarbeiter stehen der Tätigkeit des Amtes durchwegs positiv gegenüber.

Interne Revision von Reformthemen

Zur Unterstützung meiner gegenwärtigen Reformbestrebungen führt das OIOS verschiedene groß angelegte Beratungs- und Inspektionsprojekte durch, wie zum Beispiel Maßnahmen zur Beseitigung der Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung, die die Organisation schon seit langem belasten, eine Leistungsbewertung der Führungsebene der UNO-Menschenrechtskommission und eine Überprüfung der Umsetzung einer ergebnisorientierten Haushaltsführung, die für ein höheres Maß an Flexibilität sorgen soll, indem der Schwerpunkt der Planung, Haushaltsführung und Berichterstattung von

Prozessen auf Ergebnisse verlagert wird. Ein kürzlich erstellter Bericht über UN-Informationen auf der ganzen Welt bekräftigte die von mir vorgeschlagene Zusammenlegung dieser Ämter, die nun zügig voran schreitet. Das OIOS ist Mitglied des von mir initiierten Lenkungsausschusses für Reform und Management, der die jüngste Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet hat und die erzielten Fortschritte überwachen wird. Das OIOS will außerdem die UN-Behörden vermehrt unterstützen, sodass sie ihre eigenen Kapazitäten zur Selbstevaluierung und Überwachung verstärken können.

Feldoperationen

Ein bedeutender Prüfstein für die UN-Reform sind die Veränderungen, die sich in diesem Zusammenhang bei unseren Feldaktivitäten ergeben. Hier sind unsere Kontakte mit den Menschen, für die wir tätig sind, am engsten und unsere Erfolge und Rückschläge am sichtbarsten. In den letzten Jahren hat sich die Zahl der UN-Feldbüros und der risikoreichen friedenserhaltenden und humanitären Missionen wie auch die Komplexität der Aufgaben, mit denen sie betraut sind, drastisch erhöht. Die größten Feldmissionen werden in vielen Fällen in kriegszerrissenen Regionen mit begrenzter Infrastruktur und beschränkten Versorgungssystemen durchgeführt. Dies bringt für die Organisation und ihre Mitarbeiter bedeutende Herausforderungen in Bezug auf Führungs- und Aufsichtsfragen mit sich und erhöht das Risiko, dass Ressourcen auf Grund von Betrug, Verschwendung oder Missbrauch verloren gehen. Als Antwort darauf legt das OIOS vermehrtes Augenmerk auf das Beschaffungswesen, Personalwesen und die Leitung neu eingerichteter Institutionen. Es hat außerdem eine umfassende und rigorose Methodologie für das Risikomanagement entwickelt, die als Grundlage für die strategische Planung seiner Aufsichtsaktivitäten in diesem Bereich dienen soll.

Innenrevision

Obwohl es in den Vereinten Nationen immer eine Innenrevisionsstelle gegeben hat, erlangte diese erst 1994 mit ihrer Eingliederung in das OIOS ihre operative Unabhängigkeit.

Bei der Festlegung des Tätigkeitsbereichs und des Mandats des OIOS stärkte die Generalversammlung auch das Aufsichtswesen, indem alle internen Aufsichtsfunktionen in einer direkt dem Generalsekretär unterstellten Abteilung zusammengeführt wurden. Gleichzeitig wurden zwei weitere wichtige Initiativen zur Verbesserung der Wirksamkeit von Prüfungen gesetzt. Erstens werden die zwei klassischen Prüfungsformen – Ordnungs- und Gesetzmäßigkeitsprüfungen – nun durch verstärkte Management- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen ergänzt, die sich mit organisatorischen Fragen und der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der UN-Tätigkeit befassen. Es zählt zu den Grundsätzen des OIOS, bei allen großen Prüfungsaufträgen auch auf Aspekte der Organisationsführung einzugehen. Zweitens wird der Umsetzung von Prüfungsempfehlungen sowohl von der Organisationsleitung als auch den verschiedenen gesetzgebenden Organen der Vereinten Nationen größere Aufmerksamkeit entgegengebracht. Prüfer verfolgen und überwachen die Umsetzung der Empfehlungen des Amtes, bis diese vollständig abgeschlossen ist. Von den Programmleitern wird erwartet, dass sie die prompte Befolgung der Empfehlungen sicherstellen und dem OIOS vierteljährlich über den Status ihrer Umsetzung berichten.

Untersuchungen

Eine unabhängige Untersuchungsfunktion besteht bei den Vereinten Nationen erst seit 1994, als sie im Rahmen des OIOS Aufsichtsmechanismus eingerichtet wurde. Die Mitarbeiter der Untersuchungsabteilung des OIOS sind hochqualifizierte Fachleute, die Meldungen in Zusammenhang mit ordnungswidrigem Verhalten von Mitarbeitern, Amtsmissbrauch, Schmiergeldzahlungen, Veruntreuung von Geldern sowie Verschwendung und schlechter Verwaltung von UN-Ressourcen nachgehen. Die Zahl der Fälle nimmt jedes Jahr zu, da mit steigendem Bekanntheitsgrad des OIOS, die Mitarbeiter und Führungskräfte mehr Vorfälle an die Abteilung melden. Allerdings ist die vermehrte Zahl an Meldungen auch mit einer höheren Belastung der für diesen Aufsichtsbereich zur Verfügung stehenden Ressourcen verbunden. Das Amt sucht nun nach Möglichkeiten zur Bewältigung dieses Problems, nicht zuletzt durch die vermehrte Anwendung präventiver Ansätze, wie den Vorschlag zur Einrichtung eines organisationsweiten Integritätssystems, das auf den UN-Verhaltensnormen für den internationalen öffentlichen Dienst beruht und durch eine berufsethische Ausbildung aller Mitarbeiter gefördert wird.

In einer Welt des raschen Wandels erfolgreich zu sein, erfordert vor allem die Fähigkeit, mit Veränderungen umzugehen. In den letzten Jahren haben die Vereinten Nationen gezeigt, dass sie in der Lage sind, neuen und unerwarteten Herausforderungen zu begegnen, und dass sie bereit sind, sich schnell an neue Situationen anzupassen, ohne etwas von ihrer finanziellen Sorgfalt einzubüßen. Weitere Veränderungen werden nicht automatisch oder von einem Tag auf den anderen umgesetzt. Reform ist ein Prozess und kein Ereignis. Im Kontext der zunehmenden Ausweitung und Vertiefung dieses Prozesses freue ich mich darauf, mit allen Partnern der Organisation, darunter auch der INTOSAI, zusammenzuarbeiten, um zu gewährleisten, dass die Vereinten Nationen in der Lage sind, den Anforderungen und Zielsetzungen der Völker der Welt im 21. Jahrhundert zu entsprechen.

Die Entwicklung der Umweltprüfung innerhalb der INTOSAI

von Sylvia van Leeuwen, Prüfungsleiterin, Niederländischer Rechnungshof

Umweltprüfungen sind für viele ORKB ein relativ neues Aufgabengebiet. Dieser Artikel befasst sich mit der Entwicklung der Umweltprüfung in den letzten 10 Jahren und beleuchtet die aktuelle Situation. Es werden darin vor allem Entwicklungen in den Bereichen Umweltpolitik, ORKB-Mandate, Umweltprüfungen von ORKB sowie internationale Abkommen und Kooperationen unter den ORKB zu Umweltthemen besprochen.

Die Beschreibung basiert auf den Ergebnissen von drei Umfragen, die 1994, 1997 und 2000 von der INTOSAI Arbeitsgruppe über Umweltprüfung unter den INTOSAI-Mitgliedern durchgeführt wurde. Die Umfrageergebnisse wurden in Berichten der Arbeitsgruppe veröffentlicht und sind im Internet unter www.environmental-auditing.org verfügbar. Die Arbeitsgruppe bedankt sich bei allen ORKB, die den Fragebogen beantwortet haben.

Umweltpolitik

Der Ausgangspunkt für die Tätigkeit einer Finanzkontrollinstitution ist die Politik der Verwaltung – wenn keine Politik formuliert wurde, gibt es nicht viel zu prüfen. Die Erhebungen der Arbeitsgruppe über Umweltprüfung zeigten eine drastische Zunahme der Umweltpäne und –programme von Verwaltungen, insbesondere im Zeitraum zwischen 1993 und 1996. Bis zum Jahr 1999 hatten die meisten Länder irgendeine Form von Umweltpolitik definiert.

Die Inhalte der Umweltpolitik und die Art ihrer Formulierung weisen große länderspezifische Unterschiede auf. In zahlreichen Ländern könnte die Politik viel klarer formuliert werden, da andernfalls die Verwaltungen die zu verwendenden Instrumente, die innerhalb einer bestimmten Frist zu erreichenden Ziele oder die Art und Weise, wie die Leistungen überwacht und dokumentiert werden, möglicherweise nicht festlegen können. Das Risiko einer nicht eindeutig formulierten Politik besteht darin, dass die zuständigen Dienststellen sich nicht ausreichend für die Sache engagieren. Die jeweiligen Behörden sind für eine klare Formulierung der Politik sowie für die Verfügbarkeit und die Qualität der Informationen verantwortlich. Die ORKB können diese Punkte zu Zielsetzungen für ihre Prüfungen machen und dabei ihre Verwaltungen ermuntern, ihre Rechenschaftspflicht und die Klarheit ihrer Politik zu verstärken.

In vielen Fällen sind neben der nationalen Verwaltung auch Lokal-, Regional- oder Provinzverwaltungen und andere öffentliche oder private Stellen in die Umweltpolitik involviert. Für die ORKB bedeutet das, dass bei Umweltprüfungen unter Umständen verschiedene öffentliche Behörden geprüft werden müssen, wodurch die Prüfung komplexer wird. In diesen Fällen sind für die Prüfung eine klare Aufgabenteilung, eine Zusammenarbeit aller beteiligten Parteien und eine Koordinierung durch die nationale Verwaltung erforderlich.

ORKB-Mandate

Die Arbeitsgruppe fand heraus, dass beinahe alle ORKB über allgemeine Mandate verfügen, die für alle Bereiche der Verwaltung, einschließlich des Umweltbereichs, gelten. Außerdem verfügen manche ORKB über konkrete Mandate für Umweltprüfungen, die ihnen zusätzliche Aufgaben auf diesem Gebiet auferlegen. In Kanada wurde beispielsweise eine Beauftragte für Umweltfragen und nachhaltige Entwicklung ernannt.

Der Inhalt der Mandate ist von ORKB zu ORKB verschieden, insbesondere was die Art der erforderlichen Prüfung und die Art der vom Mandat erfassten Behörden (national oder lokal bzw. öffentlich oder privat) betrifft. Die meisten ORKB sind berechtigt, Ordnungsmäßigkeitsprüfungen und Prüfungen der Rechnungsführung durchzuführen (94 %), und eine zunehmende Zahl von ORKB führt auch Wirtschaftlichkeitsprüfungen durch (84 %). Einige ORKB sind befugt, vorgängige Prüfungen durchzuführen (34 %). Die ORKB können auch eine beratende oder unterstützende Funktion gegenüber der nationalen Verwaltung übernehmen. Einige ORKB stehen allerdings vor dem Problem, dass ihre Mandate ihnen keinen Zugang zu allen für die Umweltpolitik relevanten öffentlichen Dienststellen gewähren.

Umweltprüfungsaktivitäten der ORKB

In letzter Zeit konnte ein Zunehmen der Tätigkeit von ORKB im Bereich der Umweltprüfung beobachtet werden. Vor allem im Zeitraum von 1993 bis 1996 hat die Arbeitsgruppe ein starkes quantitatives Anwachsen der Umweltaktivitäten festgestellt – sowohl in Bezug auf die Zahl der in diesem Bereich tätigen ORKB als auch hinsichtlich des Umfangs der durchgeführten Aktivitäten. Die ORKB haben größere Anteile ihrer Prüfungsressourcen für diese Art von Tätigkeit aufgewendet und mehr Umweltprüfungsberichte veröffentlicht.

Von 1996 bis 1999 hat sich die Zahl der Umweltprüfungen stabilisiert und die Arbeitsgruppe konnte eine Verlagerung von Ordnungsmäßigkeits- zu Wirtschaftlichkeitsprüfungen beobachten, was als qualitative Zunahme interpretiert werden kann. 1999 führten 57 % der ORKB Umweltprüfungen durch.

Seit 1997 waren nur eine geringe Zahl der Umweltprüfungen reine Ordnungsmäßigkeitsprüfungen – die meisten waren Wirtschaftlichkeitsprüfungen oder eine Kombination aus Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Wirtschaftlichkeitsprüfungen umfassen verschiedene Arten von Prüfungen im Hinblick auf die 3 Kriterien Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit. Prüfungen der Umsetzung von Umweltprogrammen und der Einhaltung von nationalen Umweltgesetzen und Umweltvorschriften zählten zu den am häufigsten durchgeführten Prüfungsarten. Umweltprüfungen behandeln ein breites Themenspektrum. In der letzten Umfrage waren die am häufigsten genannten Themen internes Umweltmanagement durch öffentliche Behörden oder Dienststellen, Frischwasser, Abfall sowie Natur und Erholung.

Internationale Abkommen und Kooperationen unter den ORKB

Umweltprobleme wie der Klimawandel, die Verschmutzung der Meere oder die Zerstörung der Ozonschicht sind globaler Natur. Aber auch regionale Probleme wie die Wasserqualität großer Flüsse und die nachhaltige Nutzung von Fischbeständen bestehen in vielen Fällen

über nationale Grenzen hinaus. Darum sind zahlreiche Länder bei der Lösung von Umweltproblemen um internationale Zusammenarbeit bemüht, was zu einer zunehmenden Anzahl von internationalen Vereinbarungen zu Umweltthemen führt. Da nationale Verwaltungen für die Umsetzung der internationalen Verpflichtungen in ihren nationalen politischen Programmen und Gesetzen verantwortlich sind, kommt den ORKB oft eine wichtige Rolle bei der Prüfung der Einhaltung von internationalen Pflichten und Verpflichtungen seitens ihrer Verwaltungen zu.

Die INTOSAI Arbeitsgruppe über Umweltprüfungen möchte die Durchführung von Umweltprüfungen fördern und hat Richtlinien für den Prüfungsprozess und die Auswahl von internationalen Abkommen erstellt. Der Grund dafür war nicht nur die Tatsache, dass die Prüfungen selbst von großem Wert sind, sondern auch die Tatsache, dass diese Prüfungen ausgezeichnete Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zum Austausch von Informationen über gemeinsame Anliegen und konkrete Prüfungsthemen bieten.

Der Großteil der ORKB, die den letzten Fragebogen beantworteten, gab an, dass sie an einer Kooperation mit anderen ORKB bei Prüfungen von internationalen Umweltabkommen in naher Zukunft interessiert seien. Eine wachsende Zahl von ORKB verfügt bereits über Erfahrungen mit einer Zusammenarbeit bei Umweltprüfungen und/oder Prüfungen von Umweltvereinbarungen. Beispielsweise haben 8 ORKB aus dem Ostseeraum gemeinsame oder koordinierte Prüfungen über die Meeresverschmutzung durchgeführt, acht weitere europäische ORKB führten solche Prüfungen über die von Schiffen verursachte Meeresverschmutzung durch und drei skandinavische ORKB prüften gemeinsam die OSPAR Konvention. Weitere gemeinsame oder koordinierte Prüfungen wurden von vier ORKB des Donauraums über Süßwasserflüsse und von Kolumbien und Venezuela über das Tachira-Projekt durchgeführt. Andere Formen der internationalen Zusammenarbeit umfassen den Austausch von Informationen und Prüfungsmethoden, Kooperationen bei Prüfungen mit gemeinsamen Prüfungsgegenständen oder gemeinsame Schulungskurse und Seminare. In jüngerer Vergangenheit wurden in verschiedenen Teilen der Welt regionale Arbeitsgruppen für Umweltprüfung eingerichtet. Diese Gruppen werden in Zukunft eine gute Plattform für die Weiterführung und den Ausbau der Kooperation zwischen den ORKB auf regionaler Ebene bieten.

Leitfäden für Umweltprüfungen sind in verschiedenen INTOSAI-Sprachen unter www.environmental-auditing.org und auf der CD-ROM "Environmental Auditing at Work" verfügbar, die vom niederländischen Rechnungshof angefordert werden kann (E-Mail: environmental.auditing@rekenkamer.nl oder Website: www.rekenkamer.nl).

Verfügbare INTOSAI Leitlinien: "Möglichkeiten der Zusammenarbeit der ORKB bei der Überprüfung internationaler Umweltvereinbarungen" (1998); "Normen und Richtlinien für die Umweltprüfung" (2001); sowie das Arbeitsgruppen-Dokument "Die Prüfung von internationalen Umweltvereinbarungen" (2001).

Beziehungen zwischen ORKB und Parlamentsausschüssen

von Dr. Jacek Mazur, Berater des Präsidenten der Obersten Kontrollkammer von Polen und Brian Vella, persönlicher Assistent des Auditor General von Malta

Im Idealfall herrscht zwischen einer ORKB und dem Parlament, an das sie berichtet, eine Symbiose. Diese beiden wichtigen, aber eigenständigen Institutionen unterstützen einander gegenseitig in ihrem Bemühen, die Effektivität der Verwaltung zu gewährleisten. Ein Parlament kann seine wesentlichen Aufsichtsfunktionen am wirkungsvollsten durchführen, wenn es dafür auf die Prüfungsarbeit der ORKB zurückgreift und sich auf deren Inhalte verlassen kann. Ebenso kann eine ORKB viel wirksamer arbeiten, wenn das Parlament ein Forum für die Präsentation und Erörterung wichtiger Prüfungsergebnisse der ORKB und gegebenenfalls auch einen Verbündeten darstellt, um andere dazu zu ermuntern oder nachdrücklich aufzufordern, die geeigneten korrigierenden Maßnahmen zu setzen.

Eine Reihe von Ländern haben Parlamentsausschüsse (PA) eingerichtet, die mit den ORKB in Verbindung stehen. In ihrer Beziehung zur ORKB besteht ihre Hauptaufgabe darin, die Prüfungsberichte im Detail zu untersuchen, die darin enthaltenen Bemerkungen, Feststellungen und Empfehlungen eingehend zu überprüfen und eigene Stellungnahmen und Empfehlungen in Bezug auf die von der ORKB untersuchte Verwaltungstätigkeit an das Parlament abzugeben. Die PA werden oft als Instrument zur Verbesserung der Öffentlichen Rechenschaftspflicht und zur Stärkung der Rolle der ORKB angesehen.

Angesichts der Wichtigkeit des Verhältnisses von ORKB zu den Parlamenten bzw. Parlamentsausschüssen, haben die Leiter der ORKB mehrerer Mittel- und Osteuropäischer Länder sowie von Zypern, Malta und des Europäischen Rechnungshofs einen Bericht über die Beziehungen zwischen ORKB und PA angefordert. Das Ziel dieser Studie bestand darin, die Beziehungen zwischen den ORKB und ihren jeweiligen Parlamenten, insbesondere den PA, zu untersuchen und Möglichkeiten zur Verbesserung dieser Beziehungen im gemeinsamen Interesse der Parlamente und der ORKB vorzuschlagen. Mittels einer Fragebogenerhebung wurden von den teilnehmenden Ländern (14 EU-Anwärter, die sich derzeit im EU-Beitrittsprozess befinden) detaillierte Informationen über die Beziehungen zwischen den ORKB und den Parlamenten/PA eingeholt. Der Bericht wurde von den ORKB von Polen und Malta mit Unterstützung des Europäischen Rechnungshofs und SIGMA¹ erstellt. Andere ORKB mit einer langen Tradition auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzkontrolle nahmen ebenfalls an der Studie teil.

¹SIGMA ist eine gemeinsame Initiative der OECD und der Europäischen Kommission und wird vorwiegend von der Kommission finanziert. Weitere Informationen über die Zusammenarbeit zwischen SIGMA und den ORKB sind erhältlich bei: Nick Treen, E-Mail: nicolasjohn.treen@oecd.org.

Der Bericht wurde im November 2001 veröffentlicht und behandelte die folgenden Bereiche:

- die allgemeine Rolle der Parlamente und Parlamentsausschüsse in Beziehung zu ORKB;
- die Zusammensetzung und Vorgehensweisen der PA;
- die Rolle der PA im Hinblick auf die Leistungen und Ergebnisse der ORKB;
- die Rolle der PA im Hinblick auf die Tätigkeit der ORKB;
- andere Funktionen der PA in Verbindung mit ORKB; und
- die von ORKB aufgezeigten Stärken, Schwächen, Möglichkeiten und Gefahren.

Die gegenwärtige Situation von ORKB und Parlamentsausschüssen in Ost- und Mitteleuropa, Malta und Zypern

Die Antworten der Studie zeigten erhebliche Unterschiede unter den einzelnen Ländern. Die ORKB arbeiten mit mehreren verschiedenen Arten von Parlamentsausschüssen zusammen.

- Ausschüsse, deren Verantwortungsbereich sich auf verschiedene Sparten der Verwaltung und der Wirtschaft erstreckt, wie zum Beispiel Ausschüsse für Verkehr, Landwirtschaft oder Gesundheitswesen (sogenannte Spartenausschüsse). Die Hauptaufgabe dieser PA ist die Untersuchung und Erarbeitung von Themen, die gegenwärtig im Mittelpunkt der parlamentarischen Debatte stehen und zu Angelegenheiten Stellung zu beziehen, die ihnen vom Parlament oder dessen Präsidenten zugeteilt wurden. Innerhalb des von der Verfassung und den Gesetzen vorgegebenen Rahmens fungieren die PA in bestimmten Bereichen der Verwaltungstätigkeit auch als parlamentarische Prüfungsgremien.
- Ausschüsse, die ausschließlich oder hauptsächlich für Fragen der öffentlichen Finanzkontrolle zuständig sind (Prüfungsausschüsse genannt), die sich in zwei Kategorien einteilen lassen: Rechnungsprüfungsausschüsse (Zypern und Malta) und staatliche Finanzkontrollausschüsse (Ungarn und Polen).
- Ausschüsse, die speziell für Angelegenheiten des ORKB-Haushalts verantwortlich sind: Genehmigung des ORKB-Haushaltsplans, Ernennung von externen Rechnungsprüfern zur Prüfung der ORKB sowie Revision der geprüften Rechnungsabschlüsse (das National Audit Office Accounts Committee in Malta).

Obwohl es in den meisten der teilnehmenden Länder keine häufigen und regelmäßigen Treffen zwischen der ORKB und den PA gibt, werden solche Treffen, dort wo sie statt finden, von Parlamenten abgehalten, in denen es (1) Ausschüsse gibt, die ausschließlich oder hauptsächlich für Angelegenheiten der öffentlichen Finanzkontrolle eingerichtet wurden (in Zypern, Ungarn und Malta) oder (2) eine langjährige Tradition der Revision von Prüfungsberichten durch die Mehrheit der PA besteht (in Polen). Die Zahl der alljährlich einberufenen PA-Sitzungen, auf denen ORKB-bezogene Themen besprochen werden, ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich hoch – von 1 bis 3 Sitzungen in Albanien, Bulgarien, Lettland und Litauen bis zu 75 solcher Sitzungen in Zypern und

70-100 in Polen. In den meisten Fällen machen ORKB-bezogene Themen nur einen Punkt der Tagesordnung aus.

Normalerweise verlangt die Verfassung oder das Gesetz, dass ORKB ihre Berichte an ihre Parlamente übermitteln – vor allem Jahrestätigkeitsberichte, Prüfungsberichte über die Vollziehung des Staatshaushalts und gegebenenfalls Berichte über Prüfungen, die vom Parlament in Auftrag gegeben wurden. In einigen Fällen legen die ORKB auch Stellungnahmen zur staatlichen Rechnungsführung, Berichte über die Verwendung und Erhaltung von staatlichen Vermögenswerten und Berichte über die Staatsschulden vor.

Grundsätzlich überprüfen die PA nicht mehr als die Hälfte der Prüfungsberichte, die sie erhalten. Die PA prüfen regelmäßig jene Berichte, für die eine Revision durch das Parlament verpflichtend vorgeschrieben ist. Darüber hinaus überprüfen die PA regelmäßig die Berichte über jene Prüfungen, die von ihnen gegebenenfalls angefordert oder vorgeschlagen wurden.

Im Folgenden finden sich einige Beispiele für die Berichterstattung der ORKB und die Überprüfung durch die PA:

- PA erhalten alljährlich eine beträchtliche Zahl an Prüfungsberichten (z.B.: 40, 60 oder 200) und unterziehen den Großteil davon einer gründlichen Untersuchung (in Zypern, Ungarn, Malta und Polen).
- PA erhalten eine große Zahl an Prüfungsberichten (z.B.: 20, 40 oder 100) und unterziehen nur einige davon einer Untersuchung (in Tschechien, Estland, Lettland und der Slowakei).
- In einigen Ländern sind die Prüfungsfeststellungen hauptsächlich in Jahresberichten und Prüfungsberichten über die Vollziehung des Staatshaushalts enthalten. Diese Berichte werden von den PA auf einer, zwei oder drei Sitzungen überprüft (in Albanien, Bulgarien und Rumänien).
- In manchen Fällen, überprüfen die PA im Laufe mehrerer Sitzungen eine große Anzahl an Prüfungsberichten (z.B.: 70, 120 oder 900), von denen die meisten die Prüfung von Jahresabschlüssen und Finanztransaktionen lokaler Selbstverwaltungs- und Verwaltungseinheiten betreffen (in Kroatien, Litauen und Slowenien). In solchen Fällen wird nur eine geringe Zahl der Berichte detailliert überprüft.

Nach der Überprüfung der ORKB-Berichte erstellen einige PA ihre eigenen Berichte, die ihre Ansichten, Kommentare und Empfehlungen an die jeweiligen Parlamente enthalten (in Kroatien, Rumänien und manchmal in Zypern). In Lettland formulieren die PA Beschlussentwürfe für das Parlament. In Ungarn können PA die Berichte der ORKB offiziell annehmen oder ablehnen und ihre Entscheidungen an das Parlament übermitteln. In Polen kann der zuständige PA einen Beschluss oder ein "Desideratum" verfassen und seine Postulate an den Ministerrat, einzelne Minister oder zentrale staatliche Organe richten. Der Empfänger ist verpflichtet, innerhalb von 30 Tagen zu antworten. Antworten auf Desiderata sowie Leistungsberichte von staatlichen Behörden werden in den PA-Sitzungen überprüft. Erhält der PA keine Antwort innerhalb der gesetzten Frist oder wird die Antwort als unzureichend erachtet, kann der PA das Desideratum erneut versenden, einen Antrag auf Zurückweisung der Antwort aus Gründen der Unzulänglichkeit an den

Parlamentspräsidenten stellen oder einen Entwurf für einen entsprechenden Parlamentsbeschluss vorlegen.

Andere PA überprüfen die Prüfungsberichte, fassen aber keine offiziellen Entscheidungen/Beschlüsse, da solche Entscheidungen in den Anhörungen des PA impliziert sind (in Albanien, Bulgarien, Estland, Litauen, Malta und Slowenien). In der Slowakei werden die Prüfungsberichte von den PA zur Kenntnis genommen, aber nicht offiziell erörtert. In Tschechien erörtert der Unterausschuss des Haushaltsausschusses die ORKB-Berichte und erstellt dann einen Beschlussentwurf. Der Haushaltsausschuss folgt üblicherweise den Vorschlägen des Unterausschusses und übermittelt die Beschlussentwürfe an das Parlament. In anderen Fällen werden Entscheidungen nur in Bezug auf die Jahrestätigkeitsberichte der ORKB, nicht jedoch im Zusammenhang mit den Prüfungsberichten getroffen (in Bulgarien und Slowenien).

In der Studie genannte optimale Vorgehensweisen

Der Bericht enthält zwei Reihen von anerkannten Best Practices – eine für die Parlamente und eine für die ORKB. Die erste Reihe von Vorschlägen beinhaltet Maßnahmen, die die Parlamente zur Verbesserung ihrer Arbeitsbeziehungen zu den ORKB und ihrer Aufsicht der Verwaltungstätigkeit setzen könnten. Wenn die ORKB diese Angelegenheiten mit Parlamentsabgeordneten diskutieren, dürfen sie allerdings nicht den Anschein erwecken, das Parlament darüber belehren zu wollen, wie es seine verfassungsmäßigen Pflichten erfüllen soll. Die Vorschläge lauten wie folgt:

- In den Finanzkontrollgesetzen sollte zugesichert werden, dass die ORKB sowohl von der Verwaltung als auch vom Parlament unabhängig gestellt ist. Der Leiter der ORKB sollte auf eine Weise ernannt werden, die breite Unterstützung im Parlament garantiert.
- Ein PA sollte damit beauftragt werden, die Finanzen der ORKB zu beaufsichtigen (ohne Einmischung seitens der Verwaltung) und ihre Leistung zu überprüfen – allerdings ohne sie zu beeinflussen.
- Es sollte eindeutig festgelegt werden, welche Arten von Prüfungsberichten, dem Parlament vorgelegt werden, allerdings sollte dabei nicht wahllos vorgegangen und wenn möglich der ORKB etwas Spielraum gelassen werden.
- Die ORKB sollte über die parlamentarischen Interessen und auch über Vorschläge für Prüfungsthemen informiert werden, aber die endgültige Entscheidung über die Prüfungsprioritäten sollte der ORKB überlassen werden.
- Es sollte verpflichtend festgelegt werden, dass alle Prüfungsberichte innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu veröffentlichen sind, sofern der Zugang nicht aus bestimmten Gründen eingeschränkt ist.
- Auf Grund der Wichtigkeit der ORKB-Tätigkeit für die Beaufsichtigung der Verwaltung durch die PA sollten Regeln für die Vorgehensweise der PA festgelegt und sollte den PA die entsprechende personelle Unterstützung entgegengebracht werden.
- Es sollte sichergestellt werden, dass der zuständige PA umgehend von den Prüfungsberichten der ORKB in Kenntnis gesetzt wird.
- Zur Maximierung ihrer Wirksamkeit sollten PA-Sitzungen für die Öffentlichkeit und die

Medien zugänglich gemacht (sofern der Zugang nicht aus bestimmten Gründen eingeschränkt ist) und sichergestellt werden, dass die ORKB und die geprüften Beamten daran teilnehmen. Diese Sitzungen können dazu beitragen, die Aufmerksamkeit auf Probleme zu lenken, die in den Prüfungsberichten der ORKB aufgedeckt wurden. Die Mitglieder des PA sollten sich auf diese Sitzungen vorbereiten, indem sie Fragen ausarbeiten und, soweit erforderlich, zusätzliche Informationen einholen.

- Zur Maximierung ihrer Wirksamkeit sollten die Maßnahmen, die vom PA als Reaktion auf die Prüfungsberichte der ORKB getroffen werden, nach Möglichkeit von allen PA-Mitgliedern mitgetragen werden. Am Ende der PA-Sitzungen oder zu einem anderen Zeitpunkt kann es der PA als angemessen erachten, eigene Maßnahmen als Reaktion auf die Prüfungsberichte der ORKB zu initiieren. Falls erforderlich, sollten die PA die ORKB um fachliche Hilfe ersuchen. Die Verwaltung sollte verpflichtet sein, auf die Berichte und anderen Maßnahmen der PA und der ORKB zu reagieren, und die PA und ORKB sollten das Vorgehen der Verwaltung weiterverfolgen.

Die zweite Reihe von optimalen Vorgehensweisen richtet sich an die ORKB und soll ihre Gesamtwirksamkeit verbessern und sicherstellen, dass sie bestens auf ihre Zusammenarbeit mit dem Parlament bzw. den PA vorbereitet sind. Die Vorschläge lauten wie folgt:

- Es sollten geeignete Prüfungsstrategien und Standards festgesetzt und verabschiedet sowie deren Umsetzung sichergestellt werden.
- Prüfungsberichte sollten klar, präzise, gerecht und tatsachenbezogen abgefasst und politische Aussagen vermieden werden.
- Es sollten geeignete ethische Standards festgelegt und umgesetzt werden.
- Beim Festsetzen der Prüfungsprioritäten sollten parlamentarische Anliegen ausreichend – aber nicht ausschließlich – berücksichtigt werden.
- Bei der Entscheidung, welche Prüfungsberichte an das Parlament übermittelt werden, sollte selektiv vorgegangen und nur jene Berichte weitergeleitet werden, die eindeutig die Aufmerksamkeit des Parlaments verdienen, und es sollte eine klare Erklärung der Gründe für die Übermittlung des Berichts an das Parlament beigelegt werden.
- Es sollte die Einrichtung einer eigenen Einheit bzw. die Bestimmung einer Person zur Koordinierung der Kontakte zwischen der ORKB und dem Parlament in Erwägung gezogen werden, um dadurch die Kommunikation zu vereinfachen und dazu beizutragen, dass die ORKB Kenntnis von den Bedürfnissen und Interessen des Parlaments erhält.
- Frühere Prüfungsfeststellungen sollten weiterverfolgt und das Parlament über wiederholte Inaktivität bei wichtigen Problemen informiert werden.
- Direkte Stellungnahmen zur Verwaltungspolitik sollten vermieden werden, aber man sollte sich der Tatsache bewusst sein, dass das Aufzeigen von Umsetzungsproblemen Fragen über die jeweils zugrunde liegende Politik aufwerfen kann.

Der vollständige Wortlaut des Berichts ist unter http://www.nik.gov.pl/english/documents/SAI_Parl_136.pdf verfügbar. Nähere Informationen sind erhältlich bei: Jacek_Mazur@nik.gov.pl oder brian.vella@gov.mt.

Neunte Generalversammlung der AFROSAI

von Alfred Enoh, Contrôle Supérieur de l'État, Kamerun

Von 9. – 14. September 2002 hielt die Afrikanische Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (AFROSAI) ihre 9. Generalversammlung in der libyschen Hauptstadt Tripolis ab. An der von der ORKB von Libyen organisierten Generalversammlung nahmen Delegierte von 30 afrikanischen ORKB sowie Beobachter der Afrikanischen Entwicklungsbank, des INTOSAI Generalsekretariats und der ORKB von Frankreich teil.

Vorbereitungen für die 9. Generalversammlung

Vor der Generalversammlung tagte das Präsidium der AFROSAI und erörterte die Berichte der gesetzlichen Organe der Organisation, darunter auch ein dreijähriger Aktionsplan, dem das Präsidium zustimmen sollte, bevor er der Generalversammlung zur Annahme vorgelegt wird. Das Präsidium hörte und genehmigte außerdem die Berichte des Generalsekretärs und die Arbeitspläne des Schulungs- und Forschungskomitees und des Redaktionsbeirats der *AFROSAI Zeitschrift für umfassende Prüfung*. Es wurde ein ad-hoc Komitee eingerichtet, um Möglichkeiten zur Stärkung des Generalsekretariats und zur Verstärkung der Einheit innerhalb der Organisation zu untersuchen.

Die Eröffnung der 9. Generalversammlung

Die 9. Generalversammlung wurde am 9. September 2002 mit der offiziellen Begrüßung der Delegierten, Gäste und Beobachter durch den Generalsekretär des General-Volkskongresses von Libyen und den Präsidenten der libyschen ORKB eröffnet. Daran anschließend folgten Dankesworte des Vorsitzenden der AFROSAI und ein Bericht über die Tätigkeit und die Finanzlage der AFROSAI für die Jahre 1999-2001.

Besprechung der Fachthemen der Generalversammlung

Die Teilnehmer befassten sich mit drei Hauptthemen: die Rolle der ORKB im Hinblick auf eine gute Verwaltungsführung, die ORKB und Innenrevisionssysteme und schließlich die Prüfung von lokalen Gemeinden. Die Diskussionen zu diesen drei Themen stützten sich auf Grundlagenpapieren und Länderpapiere, die ausgewählte ORKB ausgehend von ihren Erfahrungen ausgearbeitet hatten. Die hohe Qualität dieser Berichte ermöglichte eine äußerst konstruktive Debatte und einen wertvollen Austausch von Ideen und Erfahrungen während der Plenarsitzungen, die nach Ansicht der Delegierten dazu beitragen werden, die von den afrikanischen ORKB für die Prüfung der öffentlichen Finanzen angewandten Techniken und Verfahren zu verbessern.

Diese Diskussionen zeigten auch die Reife der afrikanischen ORKB in Bezug auf die gegenwärtige politische Situation in Afrika, die einerseits durch die Gründung der Afrikanischen Union und andererseits durch die nachdrückliche, von allen geteilte

Forderung nach Einführung der Rechtsstaatlichkeit, einer unabhängigen Justiz, Transparenz bei der Verwaltung von öffentlichen Geldern und einer nachhaltigen Entwicklung gekennzeichnet ist.

Nach der Erörterung dieser Themen verabschiedete die Versammlung ein Dokument mit dem Titel “Die Erklärung von Tripolis”, das die wichtigsten Schlussfolgerungen und Empfehlungen enthält, die untenstehend zusammengefasst sind. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen wurden von den Delegierten am Schluss der Generalversammlung, am 14. September 2002, angenommen.

Thema I: Die Rolle der ORKB im Hinblick auf eine gute Staatsführung (Berichterstatter: Kamerun)

Die Delegierten anerkannten, dass ORKB eine Schlüsselrolle in Bezug auf eine gute Staatsführung spielen können. Dazu müssen sie eine Vielzahl von Funktionen erfüllen, insbesondere jene:

- eines Prüfers/Hüters der Gesetzmäßigkeit, der alle rechtlichen Aspekte in Verbindung mit der Verwaltungs- und Haushaltsführung und anderen Angelegenheiten untersucht;
- eines Prüfers/Partners, der die Führungskräfte im öffentlichen Dienst bei der Einführung eines Qualitätsmanagements im öffentlichen Sektor unterstützt;
- eines Prüfers/Multiplikators, der einen Beitrag zur Erörterung wichtiger Reformprogramme leistet;

Die Empfehlungen zu diesem Thema umfassten unter anderem folgende Punkte:

1. Die Unabhängigkeit der ORKB sollte gewahrt werden, damit sie ihre Aufgaben besser erfüllen können.
2. Die ORKB sollten den Umfang ihrer Prüfungsansätze ausweiten und neben Prüfungen der Rechnungsführung und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen auch Aspekte der Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Sparsamkeit bei den Verwaltungsausgaben berücksichtigen.
3. Die ORKB sollten über geeignete Mitarbeiter verfügen, deren Kenntnisse und Fähigkeiten durch eine fachliche Ausbildung verbessert werden, damit sie ihre neuen, leicht veränderten Aufgaben erfolgreich erfüllen können.

Thema II: Die ORKB und Innenrevisionssysteme (Berichterstatter: Gambia)

Die Delegierten betonten die Wichtigkeit von Innenrevisionen für die Aufdeckung und Verhütung von Betrugsfällen. Innenrevisionen ergänzen die Funktion der ORKB bei der Bestimmung von Schwachstellen in internen Kontrollen und bei der allgemeinen Durchführung der gesetzmäßigen Aufgaben der ORKB. Zu den wichtigsten Empfehlungen in diesem Themenbereich zählten die folgenden Punkte:

1. Die ORKB sollten die zuständigen Behörden auf die Notwendigkeit hinweisen, einen geeigneten gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der die öffentlichen Stellen zur Einrichtung zuverlässiger und wirkungsvoller Innenrevisionssysteme zwingt.

2. Bei der Bewertung der Innenrevisionssysteme öffentlicher Stellen sollten die ORKB ihre Unabhängigkeit und Freiheit wahren. Mitarbeiter, die an der Spitze von internen Kontrollorganen stehen, sollten direkt an den Leiter der jeweiligen Dienststelle, des jeweiligen Ministeriums oder der jeweiligen Institution berichten und sollten dabei ebenfalls ihre Unabhängigkeit und Objektivität wahren.
3. ORKB sollten Leitfäden, Handbücher und Arbeitsdokumente in Bezug auf die Stärkung und Evaluierung interner Kontrollsysteme erstellen und aktualisieren. Die ORKB sollten Methoden zur Evaluierung interner Kontrollsysteme entwickeln und verbessern und ihr Prüfungspersonal entsprechend schulen.
4. Innenrevisionsstellen sollten verpflichtet sein, Kopien ihrer Berichte an die ORKB zu senden, die wiederum Seminare auf nationaler Ebene für verschiedene Interessengruppen in öffentlichen Dienststellen organisieren sollten, um die Kenntnis und die Umsetzung von effizienten internen Kontrollsystemen in öffentlichen Dienststellen zu fördern.
5. Die ORKB sollten die Fachkompetenz und die Professionalität der Mitarbeiter von Innenrevisionseinrichtungen überprüfen, um sicherzustellen, dass sie entsprechende Anforderungen erfüllen und in der Lage sind, qualitativ hochwertige Berichte und Empfehlungen zu erstellen und die Effektivität des gesamten Systems zu gewährleisten.

Thema III: Die Prüfung von lokalen Gemeinden (Berichterstatter: Äthiopien)

Angeichts der Wichtigkeit von dezentralen Kommunalverwaltungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Demokratie in den meisten afrikanischen Staaten, empfahlen die Delegierten, dass die ORKB regelmäßige Prüfungen dieser Gemeinden durchführen sollen. Weitere Empfehlungen umfassten unter anderem diese Punkte:

1. Die Verwaltungsbehörden sollten lokale Gemeinden bei der Ausübung ihrer Aufgaben unterstützen, indem sie ihnen die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen.
2. Die ORKB sollten wirksame Programme zur Überprüfung und Weiterverfolgung der Leistung von lokalen Gemeinden entwickeln.
3. Die ORKB sollten gute Arbeitsbeziehungen mit Interessengruppen aufbauen und ihnen zu diesem Zweck aktuelle Berichte übermitteln, damit diese Gruppen geeignete Maßnahmen auf Grundlage der in den Berichten enthaltenen Empfehlungen ergreifen können.
4. Die ORKB sollten Wirtschaftlichkeitsprüfungen von lokalen Gemeinden durchführen und über die Prüfungen berichten, damit sie Empfehlungen im Hinblick auf Aspekte der Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Sparsamkeit abgeben können.

Die 9. Generalversammlung der AFROSAI empfahl weiters, dass die afrikanischen Verwaltungen

- die Empfehlungen der Deklaration von Tripolis berücksichtigen und internationale und regionale Fachorganisationen ermuntern, die ORKB bei ihren Bemühungen zur Förderung einer guten Verwaltungsführung in den afrikanischen Staaten zu unterstützen;
- Maßnahmen zur Konsolidierung der institutionellen, materiellen und finanziellen Situation und der Mandate der ORKB ergreifen;
- sich darüber bewusst werden, dass eine effiziente Rechnungsprüfung für die Umsetzung einer guten Verwaltungsführung bei der Bewirtschaftung von öffentlichem Eigentum unabdingbar und eine wichtige Determinante der Glaubwürdigkeit einer Verwaltung ist; und
- sich klar den Grundlagen einer guten Verwaltungsführung verpflichten: Transparenz im öffentlichen Management, Rechenschaftspflicht und Einbindung der Bürger in die Entscheidungsfindung.

Abschluss der Generalversammlung

Die Delegierten wählten die Elfenbeinküste zum Gastgeberland der 10. Generalversammlung im Jahr 2005 und legten drei Fachthemen fest: die Unabhängigkeit der ORKB, die Prüfung von Privatisierungen und Umweltschutzprüfung. Die Generalversammlung entschied auch über die neue Zusammensetzung des AFROSAI Präsidiums: Libyen – Vorsitz; Burkina Faso – erster stellvertretender Vorsitzender; Elfenbeinküste – zweiter stellvertretender Vorsitzender; Togo – Generalsekretariat; sowie Algerien, Kamerun, Sambia, Tunesien und Ägypten –Mitglieder.

Die Generalversammlung wählte außerdem die neuen externen Rechnungsprüfer der AFROSAI für die Haushaltsjahre 2002-2005 und nahm einige neue Mitglieder auf (die Rechnungshöfe der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion und der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion).

Gesellschaftliche Aktivitäten

Neben den Geschäftssitzungen organisierte die libysche ORKB verschiedene kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten für die Delegierten, wie zum Beispiel eine Besichtigung der wichtigsten Sehenswürdigkeiten von Tripolis und der kulturellen und industriellen Errungenschaften der Großen Libyschen Jamahiriya. Dadurch hatten die Delegierten die Gelegenheit, Kontakte zur libyschen Bevölkerung zu knüpfen und mehr über die Menschen in Libyen zu erfahren.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Libyan Arab Jamahiriya, P.O. Box 906, Tripoli, Libyen; Tel.: ++218 (21) 36 11 515, oder Fax: ++218 (21) 444 68 33.

Mexiko war Schauplatz der XII. OLACEFS Tagung

von Linda Sellevaag, Redakteurin, Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

Von 24. – 28. September 2002 trafen in Mexiko City, Mexiko, Delegierte von ORKB aus ganz Lateinamerika zur XII. Tagung der Lateinamerikanischen und Karibischen Organisation Oberster Rechnungskontrollbehörden (OLACEFS) zusammen. Als Gastgeberin der Tagung fungierte die ORKB von Mexiko (Auditoria Superior de la Federación). Zu den Teilnehmerländern zählten Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Paraguay, Portugal, Panama, Peru, Puerto Rico, Spanien und Venezuela. Unter den Beobachtern waren Vertreter des INTOSAI Generalsekretariats, der INTOSAI Entwicklungsinitiative, der Weltbank, der EUROSAI, des Europäischen Rechnungshofs und dieser Zeitschrift



Don Arturo González de Aragón, Leiter der ORKB von Mexiko bei der Eröffnungszereemonie der XII. OLACEFS Tagung.

Eröffnungszereemonie

Im Rahmen der Eröffnungszereemonie hieß der Präsident von Mexiko, Vicente Fox Quesada, die Delegierten willkommen und wies auf die verbindenden Elemente der Zusammenarbeit, Brüderlichkeit und Geschichte hin, die zwischen Mexiko und anderen Ländern dieser Hemisphäre und auf der ganzen Welt bestehen. Er betonte, wie wichtig das Mandat der ORKB für die Entwicklung des jeweiligen Landes sei, und erklärte, dass sich seine Verwaltung dazu verpflichtet habe, der mexikanischen ORKB die Unabhängigkeit und die Ressourcen zu gewähren, die für die Durchführung ihrer Aufgabe erforderlich sind. In seiner Begrüßungsrede an die Versammlung dankte Dr. Genaro Matute Mejía, Contralor General von Peru und Vorsitzender der OLACEFS, der ORKB von Mexiko für die

hervorragende Organisation der Tagung. Er gab weiters einen Überblick über die bedeutende Entwicklung der OLACEFS seit ihrer Gründung 1965 und nannte die gemeinsamen Werte, die die ORKB untereinander verbinden: Unabhängigkeit, Transparenz im Dienste der Demokratie und Kampf gegen Betrug und Korruption. Arturo González de Aragón, der Leiter der ORKB von Mexiko, griff diese Themen auf und betonte, dass das gemeinsame Mandat der lateinamerikanischen ORKB ein wichtiges Instrument sei, um sicherzustellen, dass unangemessenes Verhalten, Unverantwortlichkeit und Korruption nicht zur Norm für die Verwaltungen dieser Region im 21. Jahrhundert werden. Im Anschluss an die Eröffnungszeremonie gab Francisco Barrio Terrazas, Leiter des Amt für Rechnungsprüfung und Verwaltungsentwicklung der Mexikanischen Verwaltung, einen Überblick über das dreigleisige, ganzheitliche Antikorruptionsprogramm der Verwaltung (pönal, präventiv und pädagogisch).

Präsentation der Sachthemen

Im Mittelpunkt der XII. OLACEFS Tagung standen drei Sachthemen. Jedes Thema wurde zunächst in einem Plenarvortrag vorgestellt, und im Anschluss erörterten die Delegierten damit verbundene berufliche und fachliche Aspekte im Rahmen von Grundsatzpapieren und anderen Vorträgen. Für jedes Thema wurden Schlussfolgerungen und Empfehlungen ausgearbeitet und verabschiedet.

Thema I: Erfahrungen der ORKB bei Prüfungen des öffentlichen Bauwesens

Bei diesem Thema fungierte Brasilien als Koordinator, die Dominikanische Republik als Moderator und Guatemala als Berichterstatter. Die Vortragenden behandelten den gesetzlichen Rahmen für das öffentliche Bauwesen, den Prüfungsprozess (vorgängige, nachgängige und mitgängige Prüfung) und die Zielsetzungen (Transparentmachen der öffentlichen Ausgaben). Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen unterstrichen die Notwendigkeit,

- bei diesen Prüfungen Fachleute einzusetzen;
- die Prüfungen nicht nur auf die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, sondern auch auf die Instrumente, die der Gesamtplanung von öffentlichen Bauprojekten zugrunde liegen, und den Umweltschutz zu konzentrieren;
- jegliche Korruptionsfälle, die bei diesen Prüfungen aufgedeckt werden, rigoros zu bekämpfen.

Thema II: Die Prüfung von Informationssystemen

Bei diesem Thema fungierte Kolumbien als Koordinator, Kuba als Moderator und Venezuela als Berichterstatter. Die Vortragenden befassten sich mit neuen Herausforderungen als Folge der rasanten technologischen Entwicklung und der zunehmenden Interdependenz im Zeitalter der elektronischen Verwaltung. Zu den Schlussfolgerungen und Empfehlungen zählten folgende Punkte:

- Die ORKB sollten Entwicklungs- und Untersuchungsaktivitäten sowie eine laufende Überarbeitung der Prüfungsmethodologie fördern, da es den ORKB in diesem Bereich immer noch an Erfahrungen fehlt.

- Die Rechnungsprüfer sollten ihre Ansätze modernisieren und IT-Instrumente bei ihrer Arbeit verwenden, da computergesteuerte Instrumente die Grundlage für die ORKB der Zukunft bilden werden.
- Die ORKB sollten die Anwendung internationaler Standards zur Verhinderung von Betrug in Verwaltungssystemen in Betracht ziehen.

Thema III: Stärkung der ORKB: Erfahrungen und Vorschläge für Maßnahmen

Bei diesem Thema fungierte Costa Rica als Koordinator, Ecuador als Moderator und Bolivien als Berichtersteller. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen umfassten die folgenden Punkte:

- Die ORKB sollten aktiv an der Überarbeitung ihrer gesetzlichen Mandate mitwirken, um dadurch zu gewährleisten, dass etwaige Änderungen den Anforderungen der Gesellschaft entsprechen und die Unabhängigkeit der ORKB stärken.
- Die Modernisierungsprozesse in den ORKB sollten mit Verbesserungen bei der Organisationsführung der geprüften Stellen einhergehen.
- Die ORKB sollten eine proaktive Rolle bei der Stärkung der internen Kontrollen im öffentlichen Sektor spielen und damit einen Beitrag zur Erreichung der Zielsetzungen des öffentlichen Managements leisten.

Administrative Angelegenheiten

Auf der Sitzung zu allgemeinen Geschäftsthemen am letzten Tag der Konferenz wurden der neue Vorsitzende und das neue Sekretariat der OLACEFS gewählt. In Übereinstimmung mit den auf der Tagung von 2001 angenommenen Änderungen wurde Venezuela für einen Zeitraum von 2 Jahren zum Vorsitzland der OLACEFS gewählt. Dr. Clodosbaldo Russián, der Contralor General von Venezuela, ist der neue Vorsitzende der OLACEFS. Panama wird für eine Dauer von 6 Jahren die Funktion des OLACEFS-Sekretariats innehaben. Kuba, wo die INTOSAI 1953 gegründet wurde, wurde als Austragungsort der OLACEFS Tagung im Jahr 2003, dem 50. Jahr des Bestehens der INTOSAI, bestimmt.

Sonstiges

Nach Abschluss der Generalversammlung besichtigten die Delegierten und die geladenen Gäste die Pyramiden von Teotihuacán, am Rande von Mexiko City.

Nähere Informationen sind erhältlich beim Generalsekretariat der OLACEFS: c/o Contraloría General, Av. Balboa y Av. Federico Boyd, Apartado 5213, Zona 5 Ciudad de Panama; Tel.: ++ 507 264 00 59; Fax: ++ 507 269 00 94; e-Mail: centrodeinformacion@contraloria.gob.pa; Internet: www.contraloria.gob.pa.

18. Konferenz der Auditor General des Commonwealth

von Alberta Ellison, Redakteurin, Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

Von 7. – 9. Oktober 2002 tagten die Leiter der ORKB der Commonwealth-Länder in Kuala Lumpur, Malaysia, um eine Neugestaltung der Finanzkontrolle im öffentlichen Sektor zu erörtern. Die Delegierten vertraten die ORKB von Antigua und Barbados, Australien, den Bahamas, Bangladesch, Botswana, Brunei Darussalam, den Cook Inseln, Fidschi, Gambia, Ghana, Großbritannien, Indien, Kamerun, Kanada, den Kaimaninseln, Kenia, Kiribati, Lesotho, Malawi, Malaysia, den Malediven, Malta, Mauritius, Mosambik, Namibia, Neuseeland, Nigeria, den Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Sri Lanka, Swasiland, Tansania, Tonga, Tuvalu, Uganda, und Zypern. Zu den weiteren Konferenzteilnehmern zählten auch Beobachter vom Generalsekretariat der INTOSAI (Österreich) und dieser Zeitschrift.

Eröffnungszeremonie

Die offizielle Eröffnung der Konferenz erfolgte am Montag Vormittag durch den Auditor General von Malaysia, Y.Bhg. Datuk Dr. Hadenan bin Abdul Jalil. In seiner Rede wies er darauf hin, dass die Rolle der Rechnungsprüfer im öffentlichen Sektor in vielen Fällen als etwas Selbstverständliches angesehen werde. Von Prüfern wird erwartet, dass sie als "Bewacher" und "Hüter" jener Stellen fungieren, die für die Bewirtschaftung der öffentlichen Gelder verantwortlich sind. Rechnungsprüfer untersuchen und überprüfen alle Finanztransaktionen und können daher feststellen, ob die öffentliche Verwaltung ausreichende Maßnahmen gesetzt hat, um zu gewährleisten, dass die öffentlichen Gelder sparsam, wirksam und wirtschaftlich und in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen und Vorschriften verwendet werden. Diese traditionelle Rolle wird weiterhin die Hauptaufgabe von staatlichen Rechnungsprüfern sein.

Diskussionen

Die auf der Konferenz geführten Diskussionen konzentrierten sich auf die folgenden drei Themen:

Thema I: Privatisierung von staatlichen Aktivitäten (Vortragender: Australien; Vorsitz: Malaysia; Podiumsmitglieder: Kanada, Simbabwe und Malaysia).

Im Mittelpunkt dieses Themas stand die Entwicklung von ORKB-Funktionen zum Schutz des öffentlichen Interesses und zur objektiven Bewertung der an den Privatsektor ausgelagerten öffentlichen Verwaltungsaufgaben. Die Delegierten waren der Auffassung,

dass die ORKB bei der Prüfung privatisierter Projekte zahlreichen gemeinsamen Fragestellungen und Problemen gegenüberstehen. Zu den genannten Themenbereichen zählten (1) die rechtlichen Aspekte, die es von den ORKB bei der Prüfung privatisierter Projekte zu berücksichtigen gilt, (2) die Buchführungsmethode, die bei den Projekten von der mit der Umsetzung betrauten Behörde angewendet wird, (3) die Entscheidung der ORKB, bei den Projekten vorgängige oder nachgängige Prüfungen durchzuführen, (4) die ausreichende Berücksichtigung der Interessen der Öffentlichkeit und der mit den privatisierten Projekten befassten Mitarbeiter, (5) mangelnde Kenntnisse für eine effektive Durchführung der Prüfung, (6) die Frage, ob den ORKB ein uneingeschränkter Zugang zu Unterlagen über privatisierte Projekte gewährt wird, und (7) die Einbindung der ORKB in die Planung der Verwaltungspolitik und in die Entscheidungsfindung.

Es wurden verschiedene Problembereiche bestimmt und behandelt, darunter das Fehlen detaillierter Analysen über die Durchführbarkeit der Projekte als Grundlage für die endgültige Entscheidungsfindung, Fehlentscheidungen bei der Wahl des Unternehmens, das die Privatisierungsprojekte durchführen soll, die unzureichende Überwachung von privatisierten Projekten durch die Verwaltungsbehörden, die Verfehlung der Privatisierungsziele und Schwachstellen in den Privatisierungsvereinbarungen zwischen der Verwaltung und den verbundenen Parteien.

Thema II: Die Rolle der ORKB beim Übergang von der Einnahmen-Ausgaben Rechnung zur Periodenabgrenzung (Vortragender: Neuseeland; Vorsitz: Ghana; Podiumsmitglieder Südafrika, Mauritius sowie ein Vertreter von PriceWaterhouseCoopers).

Die ORKB einigten sich auf folgende Punkte: (1) durch die Periodenabgrenzung wird eine höhere Qualität und ein höherer Informationsgehalt der Finanzberichterstattung für die Endadressaten gewährleistet, (2) eine Änderung des Buchführungssystems sollte auch mit einer Parlamentsberatung einhergehen, um für eine positivere Einstellung und ein ernsthaftes Engagement bei den geprüften Stellen zu sorgen, (3) bevor die ORKB in diesen Veränderungsprozess mit einbezogen werden können, müssen entsprechende Richtlinien erstellt werden, (4) zur Prüfung einer periodengerechten Buchführung ist ausgebildetes und erfahrenes Prüfungspersonal erforderlich und (5) die Bewertung der Aktiva ist mit Schwierigkeiten verbunden, und es sollte ein einheitliches System eingeführt werden.

Außerdem stellten die Delegierten fest, dass Reformen im Rechnungswesen kaum ohne starke politische Unterstützung und einen starken politischen Willen durchgeführt werden können. Abschließend beschlossen die Podiumsmitglieder, dass (1) haushaltsführende Stellen in Entwicklungsländern eine aktive Rolle bei der Reformierung des Rechnungswesens spielen sollten, (2) die finanziellen Auswirkungen bei jeder Entscheidung für die Einführung der Periodenabgrenzung berücksichtigt werden sollten und (3) Richtlinien veröffentlicht werden sollten, die den ORKB bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Bewältigung dieser Veränderungen helfen.

Thema III: Die Einbindung der ORKB in die Systementwicklung: Möglichkeiten und Risiken (Vortragender: Großbritannien; Vorsitz: Sri Lanka; Podiumsmitglieder: Kanada, Indien und ein Vertreter der malaysischen Behörde für Verwaltungsmodernisierung und Managementplanung)

Im Rahmen von Thema III wurden vor allem Führungsschwächen, die zum Scheitern von öffentlichen IT-Projekten führen, besprochen. Aus den Diskussionen ging hervor, dass die ORKB einen proaktiveren Ansatz bei der Prüfung von IT-Projekten verfolgen müssen. Dadurch erhielten die ORKB die Möglichkeit, dem Prüfungsprozess einen Mehrwert hinzuzufügen und eine Qualitätssicherung für die verschiedenen Phasen des Projekts zu leisten. Die meisten ORKB sind der Meinung, dass Prüfungen im Bereich der Systementwicklung nur dann durchgeführt werden können, wenn entsprechend ausgebildetes Prüfungspersonal zur Verfügung steht, da diese Art von Prüfung eine komplexe Planung, umfassende Koordinierungsmaßnahmen und projektbezogenes Fachwissen voraussetzt.

Schlussfolgerungen

Zum Abschluss der Konferenz unterstrich der Auditor General von Malaysia die folgenden Schlüsselaspekte für die drei diskutierten Themen:

- Obwohl es unterschiedliche Sichtweisen in Bezug auf die Rolle der ORKB bei der Prüfung von privatisierten öffentlichen Dienstleistungen gibt, sind diese Prüfungen nach wie vor notwendig, und die Prüfer sollten objektiv darüber berichten, ohne ihre Unabhängigkeit zu gefährden.
- Nur wenige Behörden sind in der Lage, von der Einnahmen-Ausgaben Rechnung zur Periodenabgrenzung überzugehen. Die Verwaltungen haben auf Grund von Faktoren in Zusammenhang mit Kosten, Gesetzen und Buchhaltungsunterlagen immer noch Vorbehalte hinsichtlich eines Übergehens zur Periodenabgrenzung.
- Zur Durchführung von IT-Prüfungen müssen Prüfer ihre Kenntnisse und Fertigkeiten ausbauen und außerdem angesichts des sich ständig ändernden IT-Umfelds ihre Prüfungsmethodologie neu gestalten.

Darüber hinaus bemerkte der Auditor General von Malaysia, dass die ORKB der Commonwealth Staaten festlegen müssen, ob sie ihre traditionelle Rolle beibehalten oder eine proaktivere Rolle als Berater des öffentlichen Sektors übernehmen wollen.

Nähere Informationen zur Konferenz sind erhältlich bei: Office of the Auditor General of Malaysia, Level 9, Block D2, Pusat Pentadbiran Kerajaan Persekutuan, Malaysia – 62502 Putrajaya (E-Mail: jbaudit@audit.gov.my).

Länderbericht: Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt von Burkina Faso

von Marie Andree Kabore, staatliche Rechnungsprüferin, Inspection d'Etat

Burkina Faso, das frühere Obervolta, ist ein westafrikanisches Binnenland, das im Norden an Mali, im Nordosten an Niger und im Süden an Benin, Togo, Ghana und die Elfenbeinküste grenzt. Seit 1960 ist die frühere französische Kolonie Burkina Faso ein unabhängiger Staat.

Geschichte des Staatlichen Rechnungsprüfungsamts

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt (Inspection Générale d'Etat oder IGE) ist die Oberste Rechnungskontrollbehörde von Burkina Faso. Es hat zwei Vorgängerinstitutionen: das General-Finanzinspektorat, das heute noch besteht, und das Generalinspektorat für Verwaltungsangelegenheiten, das nicht mehr existiert. Im November 1988 wurde eine neue Oberste Finanzkontrollstruktur, das Generalkommissariat für Staatliche Finanzkontrolle, eingerichtet. Im Rahmen der Verfassung von 1991 und den Durchführungsgesetzen vom Mai 1993 wurde das IGE geschaffen und dem Premierminister unterstellt.

Unabhängigkeit

Obwohl das IGE dem Premierminister untersteht, sind die staatlichen Rechnungsprüfer in Bezug auf die Verwaltungen, Dienstleistungen und andere Stellen, die sie prüfen, unabhängig. Die Prüfer können die von ihnen untersuchten Fakten evaluieren und ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen.

Aufgaben

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt ist per Gesetz mit den folgenden Aufgaben betraut:

- die Prüfung aller öffentlichen Staatsdienste, lokalen Verwaltungsgremien, Körperschaften und aller staatlichen Institutionen im öffentlichen Dienst mit dem Ziel, die Einhaltung der Gesetze und Verordnungen, die ihre Verwaltung, Finanztätigkeit und Rechnungsführung regeln;
- die Untersuchung der Qualität der Transaktionen und der Abwicklung der oben genannten Dienstleistungen;
- die Prüfung der Verwendung öffentlicher Mittel und der Gesetzmäßigkeit der Aktivitäten von Verwaltungspersonal, Beamten, Buchsachverständigen und Controllern von Geld- und Sachmitteln; und
- die Empfehlung von Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der öffentlichen Verwaltung.

Eine Verordnung vom Mai 1995 erteilte dem Auditor General und den staatlichen Rechnungsprüfern die gesetzliche Befugnis, diese Aufgaben auszuführen und verpflichtete sie auch zur Einhaltung bestimmter ethischer Normen.

Organisation und Aufbau

Zur Erfüllung seiner Pflichten verfügt das IGE über ein Kabinett mit einem eigenen Sekretariat, über eine Dokumentations-, eine IT- und eine Kommunikationsabteilung sowie über ein Protokollbüro. Außerdem ist das Generalsekretariat mit der Administration und der fachlichen Koordination der einzelnen Abteilungen des IGE betraut. Zu seinen Aufgaben zählen folgende Bereiche:

- Ausarbeitung des Jahrestätigkeitsprogramms des IGE;
- Pflege kooperativer Beziehungen mit den Prüfungsstellen in den Ministerien;
- Sicherung der kontinuierlichen beruflichen Weiterentwicklung der staatlichen Rechnungsprüfer; und
- Erstellung des Jahrestätigkeitsberichts.

Weiters gibt es drei Fachdirektionen: Verwaltung und öffentliche Finanzen; staatliche und halbstaatliche Unternehmen und gemischtwirtschaftliche Unternehmen; und Projekte, Programme und nichtstaatliche Organisationen.

Innerhalb ihres Fachbereichs ist jede Direktion für folgende Aufgaben zuständig:

- Einleitung von Untersuchungen, sobald eine Unregelmäßigkeit bei der Verwaltung öffentlicher Güter festgestellt wird,
- gegebenenfalls Anordnung der Umsetzung aller erforderlichen Präventiv- und Schutzmaßnahmen und
- Zusammenarbeit mit den Justizbehörden zur Verhinderung von Vorschriftenwidrigkeiten bei der Verwaltung von öffentlichen Geldern oder von Gütern und Materialien, die mit öffentlichen Geldern gekauft wurden.

Die Direktion für administrative und finanzielle Angelegenheiten ist für die Verwaltung und die Finanzgebarung des IGE verantwortlich.

Personal

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt von Burkina Faso verfügt über insgesamt 50 Mitarbeiter, von denen 20 staatliche Rechnungsprüfer sind. Zu den Auswahlkriterien für staatliche Rechnungsprüfer zählen Integrität, körperliche Gesundheit, intellektuelle Eignung und berufliche Erfahrung (mindestens 10 Jahre in der öffentlichen Verwaltung).

Gegenwärtig wird die ORKB von Leopold André Joseph Ouedraogo geleitet. Seine drei Amtsvorgänger seit der Gründung der Behörde im November 1988 waren: Etienne Traore, Arzouma Alphonse Ouedraogo und Laurent Emmanuel Salembere.

Bei der Generalversammlung der AFROSAI in Ouagadougou, in Burkina Faso, im Oktober 1999 übernahm Ouedraogo für 3 Jahre die Leitung der Organisation und ihres Präsidiums. Burkina Faso ist außerdem seit dem letzten INCOSAI in Seoul, Korea, im Oktober 2001 Mitglied des INTOSAI Präsidiums.

Veröffentlichte Berichte

Der Leiter der ORKB legt dem Premierminister regelmäßige Berichte sowie einen Gesamtjahresbericht vor. Der Premierminister informiert den Leiter der ORKB seinerseits über die Maßnahmen, die auf Grund der in den Berichten abgegebenen Empfehlungen gesetzt wurden. Seit ihrer Gründung wurden von der ORKB 135 Berichte verfasst, im Durchschnitt werden 15 Berichte pro Jahr erstellt. Außerdem sind alle allgemeinen und fachspezifischen Prüfungsstellen der Ministerien und Institutionen verpflichtet, Kopien ihrer Berichte an das Staatliche Rechnungsprüfungsamt zu übermitteln.

Zukunftsausblick

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt hat sich die folgenden Ziele für die Zukunft gesetzt:

- Überprüfung der Gesetze und aller gesetzlichen Instrumente, die auf das Staatliche Rechnungsprüfungsamt anwendbar sind, “um es an die nationalen Gegebenheiten und den internationalen Kontext anzupassen, in anderen Worten, um den Tätigkeitsbereich des IGE zu erweitern”;
- Umsetzung der Empfehlungen im staatlichen “Aktionsplan zur Stärkung der Verwaltung der Haushaltsausgaben 2002-2004”; und
- Einführung eines elektronischen online Netzwerks für die gesamte ORKB.

Zu diesem Zweck wurden in Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft verschiedene Initiativen gestartet, die

- den Zugang zu Prüfungsberichten innerhalb des gesetzlich erlaubten Rahmens fördern und sichern sollen;
- nachgängige Prüfungen der Verwaltung von Zuschüssen an gesetzliche Verwaltungen effektiver gestalten sollen;
- die für die ORKB geltende Gesetzgebung überarbeiten sollen, um der ORKB auch ein Mandat zur Bekämpfung der Korruption zu erteilen;
- das reibungslose Funktionieren des Komitees, das für die Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen der ORKB verantwortlich ist, und die Verbreitung seiner Berichte gewährleisten sollen;
- die Einführung eines Jahrestätigkeitsberichts der ORKB an den Premierminister institutionalisieren sollen; und
- die Beziehungen der ORKB mit den Innenrevisionsstellen der einzelnen Ministerien (bekannt als Allgemeine Finanzkontrolle und fachliche Prüfung der Ministerien) stärken sollen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Inspection Générale d’Etat, 01 B.P. 617. Ouagadougou 01, Burkina Faso; Tél.: ++226 30 10 91; Fax: ++226 30 57 04.

Neuerscheinungen

Zwei neue Publikationen des Institute of Internal Auditors dürften für die Leser dieser *Zeitschrift* von Interesse sein. *Performance Auditing: A Measurement Approach* (Wirtschaftlichkeitsprüfung: Ein Messansatz) von Ronell Raam und Stephen Morgan untersucht die typischen Merkmale der Wirtschaftlichkeitsprüfung, indem die Autoren der Frage nach ihrem Wesen, ihrem Nutzen für die Bürger und Steuerzahler und ihrer Durchführung nachgehen. Kapitel 1 bis 6 enthalten nützliche Informationen für die Vermittlung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeitsprüfung oder die Einrichtung einer Wirtschaftlichkeitsprüfungsfunktion innerhalb einer Verwaltungsorganisation. Kapitel 5 bis 18 bieten wertvolle Hilfestellungen für die Entwicklung von praxisnahen Schulungsprogrammen für Wirtschaftlichkeitsprüfungsfirmen, für eine informellere Betreuung von neuen Mitarbeitern in einem Wirtschaftlichkeitsprüfungsteam und für den allgemeinen Einstieg in den Bereich der Wirtschaftlichkeitsprüfung. Kapitel 19 bis 24 helfen bei der Erstellung, Überprüfung oder Verwendung von Prüfungsberichten und bieten Vorschläge zur Verbesserung solcher Berichte.

Für viele Rechnungsprüfer ist das Verfassen der Prüfungsberichte der schwierigste Teil ihrer Arbeit. Selbst geübte Autoren haben Probleme damit, die Ergebnisse der Vor-Ort-Prüfungen in Form von aktuellen und wirksamen schriftlichen Berichten darzustellen. Ebenso kann die Beaufsichtigung der Erstellung und Überarbeitung von Berichten für Prüfungsdirektoren und Prüfungsgebietsleiter eine mühsame Aufgabe sein. *Designing and Writing Message-based Audit Reports* (Konzipierung und Erstellung von informativen Prüfungsberichten) von Sally F. Cutler ist eine gut durchdachte und aktuelle Studie, die für die meisten Rechnungsprüfer eine wertvolle Hilfe sein dürfte. So enthält die Publikation beispielsweise ein Einführungskapitel, in dem acht verschiedene Gruppen

von Lesern von Prüfungsberichten sowie deren Bedürfnisse und Erwartungen untersucht werden. Andere Kapitel behandeln Schlüsselbereiche wie den Berichterstattungsprozess, die Textqualität, Strategien zur Überprüfung und Überarbeitung von Berichten, Multimediaberichte, und Beratungsberichte. Beide Publikationen sind erhältlich bei: The Institute of Internal Auditors, Inc., Tel.: 1-877-867-4957 innerhalb der USA und 1+770+442+8633/DW 275 außerhalb der USA; E-Mail: iiapubs.com oder Internet: www.theiia.org

Im Rahmen ihres laufenden Programms zur Stärkung der Finanzberichterstattung im öffentlichen Sektor und zur weltweiten Erhöhung der Transparenz in den öffentlichen Verwaltungen, hat das Public Sector Committee der International Federation of Accountants (IFAC) zwei neue internationale Richtlinien für die staatliche Rechnungsführung (IPSAS 19 und 20) veröffentlicht. *IPSAS 19 – Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und bedingtes Fremdkapital* definiert Rückstellungen, Passiva und Aktiva und legt Kriterien zur Ausweisung und Angabe von Rückstellungen sowie Regeln zur Bewertung dieser Rückstellungen fest. Diese Richtlinie gilt jedoch nicht für Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten aus Sozialleistungen wie Alterspensionen, Kindergeld und Katastrophenhilfe. *IPSAS 20 – Angaben von verbundenen Parteien* verpflichtet Dienststellen zur Bekanntgabe von Kontrollverhältnissen zu verbundenen Parteien und von Informationen über die Transaktionen zwischen der betreffenden Dienststelle und ihren verbundenen Parteien, die außerhalb des normalen Lieferanten- oder Kunden-/Empfängerverhältnisses erfolgen. Sie schreibt auch die Bekanntgabe bestimmter Transaktionen mit hochrangigen Führungskräften und deren nahen Verwandten vor. Die beiden Richtlinien sind auf der Website der IFAC (www.ifac.org) verfügbar und können kostenlos

herunter geladen werden. Für die Leser dieser *Zeitschrift* ist auch eine gedruckte Version der beiden Richtlinien erhältlich bei: International Federation of Accountants, 535 Fifth Avenue, 26th Floor, New York, New York 10017, USA.

Die ORKB von Pakistan hat eine weitere Ausgabe ihrer Zeitschrift PERFORMIT, Vol. XXI, No. 4 veröffentlicht. PERFORMIT widmet sich vor allem der Förderung der Ordnungsmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfung im öffentlichen Sektor, der Leistungsevaluierung, der staatlichen Rechnungslegung, der öffentlichen Finanzgebarung und anderen verwandten Themenbereichen. Die aktuelle Ausgabe beinhaltet Artikel über folgende Themen: "Der Weg ins 21. Jahrhundert: Die institutionelle Stärkung der ORKB von Pakistan", "Die Leistung der Verwaltung", "Kampf gegen Korruption: Die Rolle der öffentlichen Finanzkontrolle", "Die Bedeutung der Haushaltsführungsreform für die Bewirtschaftung der öffentlichen Ausgaben" und "Die Prüfung von Beratungsunternehmen". PERFORMIT erscheint vierteljährlich und ist erhältlich bei: Director General, Performance Audit Wing, Department of the Auditor-General of Pakistan, PT&T Audit Building, Mauje-Darya Road, Lahore-54550 Pakistan (Tel: ++92-42-9212044).

Einem neuen OECD-Bericht zufolge ist die Miteinbindung der Bürger in die Gestaltung der Politik eine Investition in eine gute Staatsführung und hilft das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Verwaltung zu erhöhen und das Potential der Bürger zu stärken – so lange die Verwaltungen genau wissen, bei welchen Aufgaben und aus welchem Grund sie die Bürger mit einbeziehen. *Citizens as Partners: Information, Consultation and Public Participation in Policy-Making* (Bürger als Partner: Informationen, Mitsprache und öffentliche Mitbestimmung in der Politik) untersucht die Bemühungen der Verwaltungen, Bürger in die Entscheidungsfindung mit

einzubeziehen und auf neue Forderungen nach verstärkter Transparenz, Rechenschaftspflicht und Offenheit in der Verwaltung zu reagieren, indem sie den Zugang zu Informationen und die Möglichkeiten zur Mitsprache und aktiven Mitgestaltung in der Politik für die Bürger ausweiten. Der Bericht enthält ein breites Spektrum an Ländererfahrungen, nennt Beispiele für optimale Vorgehensweisen und beschreibt innovative Ansätze in den

OECD-Ländern, einschließlich der Verwendung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Ein weiterer OECD-Bericht, *Engaging Citizens in Policy-making: Information, Consultation and Public Participation* (Einbindung der Bürger in die Politik: Informationen, Mitsprache und öffentliche Mitbestimmung) ist eine einzigartige Quelle für vergleichende Informationen über die Maßnahmen zur Stärkung des Zugangs der Bürger zu

Informationen, Mitsprache und Mitbestimmung in der Politik. Die Publikation bietet einen Gesamtrahmen, in dem eine Vielzahl von Ländererfahrungen untersucht, Beispiele für optimale Vorgehensweisen genannt und innovative Ansätze beschrieben werden. Die beiden Berichte sind erhältlich bei: PUMA/OECD2, rue Andre-Pascal 75775, Paris Cedex 16, Frankreich (Fax: +33-1-45 24 87 96).

Das Präsidium stellte auf seiner 50. Tagung die Weichen für einen dynamischen Kurs



Die Mitglieder des Präsidiums in Wien

Das Präsidium der INTOSAI veranstaltete in Wien, Österreich, seine 50. Tagung und fasste eine Reihe von Beschlüssen, die die INTOSAI in die Lage versetzen sollen, die zahlreichen Herausforderungen, denen sich die Organisation und ihre Mitglieder gegenübersehen, wirkungsvoll zu bewältigen. An den lebhaften Diskussionen und Debatten der zweitägigen Veranstaltung (von 16. – 17. Oktober 2002) nahmen die folgenden Präsidiumsmitglieder teil: Korea (Vorsitzender), Ungarn (erster stellvertretender Vorsitzender), Saudi-Arabien (zweiter stellvertretender Vorsitzender), Österreich (Generalsekretär), Ägypten, Antigua und Barbuda, Brasilien, Burkina Faso, Großbritannien, Indien, Japan, Norwegen, Peru, Portugal, Tonga, Tunesien und die Vereinigten Staaten. Als Beobachter und Berichterstatter über die Fortschritte ihrer Komitees nahmen weiters die ORKB von Kanada, Schweden, Mexiko, Frankreich und Belgien an der Tagung teil. Der Europäische Rechnungshof hat ebenfalls drei Beobachter entsandt.


Wichtige vom Präsidium gefasste Beschlüsse

1. Die neu gegründete ORKB von Kambodscha wird als jüngstes Mitglied in die INTOSAI aufgenommen. Damit erhöht sich die weltweite Zahl der Mitglieder auf 185 Länder.
2. Einrichtung einer Task Force über Geldwäsche, die die Rolle der ORKB bei der Verhinderung und Aufdeckung der Geldwäsche auf internationaler Ebene untersucht. Das erste Treffen der Task Force, deren Gründung erstmals auf dem INTOSAI Kongress vom Leiter der ORKB Russlands vorgeschlagen wurde, ist vorläufig für Ende Juni 2003 in St. Petersburg, Russland angesetzt.
3. Abschaffung der Abonnementgebühr von US\$ 5 für die Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle und Einführung einer elektronischen Verteilung der Zeitschrift, um dadurch auf effizientere Weise eine breitere Leserschaft zu erreichen. Die Zeitschrift wird auch weiterhin in gedrucktem Format vertrieben werden.
4. Auswahl der Themen für den INTOSAI Kongress 2004 in Budapest. Thema I wird bilaterale und multilaterale Kooperationen zwischen den ORKB im Rahmen von gemeinsamen Prüfungen, Schulungen und Kapazitätsbildungsmaßnahmen sowie dem Austausch von Wissen behandeln. Der Themenvorsitz liegt beim britischen National Audit Office. Thema II befasst sich mit der Koordinierung von Prüfungsaktivitäten zwischen nationalen, regionalen, kommunalen Einrichtungen sowie Selbstverwaltungskörpern. Den Vorsitz führt die ORKB von Kanada.
5. Annahme des Angebots von Mexiko, den Kongress 2007 zu veranstalten.
6. Annahme des Vorschlags des Richtlinienkomitees für die Finanzkontrolle, mit der International Federation of Accountants bei der Überarbeitung der internationalen Richtlinien für die Finanzkontrolle zusammenzuarbeiten und die Weltbank zur finanziellen Unterstützung dieses Vorhabens zu bewegen. Bei Redaktionsschluss dieser *Zeitschrift* gab es bereits Anzeichen dafür, dass die Weltbank die Arbeit des Komitees unterstützen wird.
7. Annahme des Berichts der Task Force für Strategische Planung und des vorgeschlagenen strategischen Planungsrahmens der INTOSAI.



- Vollständige Berichte über die zahlreichen Komitees, Task Forces und sonstigen Programme der INTOSAI sind bei der zuständigen ORKB-Leitung oder dem Generalsekretariat erhältlich:**
- Richtlinien für die Finanzkontrolle: Oberste Rechnungskontrollbehörde von Schweden, int@rrv.se
 - Rechnungswesen: US General Accounting Office, el@gao.gov
 - Interne Kontrolle: Belgischer Rechnungshof, internalcontrol@ccrek.be
 - Staatsschuld: Oberste Rechnungskontrollbehörde von Mexiko, jmanjarrez@asf.gob.mx
 - IT-Prüfung: Oberste Rechnungskontrollbehörde von Indien, pdrir@cag.delhi.nic.in
 - Programmevaluierung: Französischer Rechnungshof, dlarque@hn.comptes.fr
 - Umweltsprüfung: Oberste Rechnungskontrollbehörde von Kanada, thompsrc@oag-bvg.gc.ca
 - Privatisierung: National Audit Office von Großbritannien, bruce.bedwell@nao.gsi.gov.uk
 - INTOSAI Entwicklungsinitiative/IDI: idi@idi.no
 - International Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle: el@gao.gov
 - Unterkomitee für Unabhängigkeit: Oberste Rechnungskontrollbehörde von Kanada (s.o.)
 - Task Force für Internationale Organisationen: Oberste Rechnungskontrollbehörde von Norwegen, per.engeseth@riksrevisjonen.no
 - Task Force für Strategische Planung: US General Accounting Office, niemic@gao.gov
 - INTOSAI Generalsekretariat: intosai@rechnungshof.gv.at

Der folgende Abschnitt enthält nähere Informationen über neue Entwicklungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit des INTOSAI Richtlinienkomitees für die Finanzkontrolle mit der International Federation of Accountants und den strategischen Planungsrahmen der INTOSAI. Derzeit werden von den ORKB und anderen Interessenten Kommentare zum strategischen Planungsrahmen eingeholt. Die Kommentare sollten bis spätestens 1. März 2003 per e-mail an niemic@gao.gov oder per Fax an die Nummer 1-202-512-4021 gesendet werden.



2004 bis 2009
**„EXPERIENTIA MUTUA OMNIBUS PRODEST“:
STRATEGISCHER PLAN DER INTOSAI**

Auftrag

Die Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) ist eine autonome, unabhängige, unparteiische Interorganisation, die die gegenseitige Unterstützung, die Förderung des Gedankens, Wissens- und Erfahrungsaustausch und den kontinuierlichen Fortschritt der verschiedenen Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKBs) der Mitgliedsstaaten dient.

Leitbild

Die Förderung der guten Regierungsführung durch die ORKBs dadurch ermöglichen, dass sie ihre Aufgaben antizipieren, ihr Ergebnis zu verbessern, die Erwartungen zu erhöhen, die Rechenschaftspflicht zu garantieren, ihre Glaubwürdigkeit zu wahren, die Kooperation zu bekräftigen sowie auf die effiziente und wirksame Einsetzung der öffentlichen Mittel und ihre Verantwortung zum Wohle der Bürger hin auszuüben.

Die Förderung starkes, unabhängiges und interdisziplinär arbeitender ORKBs, in denen jeweiligen Ländern durch ihren Vorbildcharakter zu führen und 2. Fertige zur Erweiterung und Annahme geeigneter Entscheidungen für jedes Mitgliedland.

Strategische Ziele

Der Ausbau von Kapazitäten und Sachkompetenzen der ORKBs durch Schulungen, technische Hilfe und andere Entwicklungsmaßnahmen.

Die Einleitung der ORKBs zu Zusammenarbeit, Mithilfe und koordiniertem Fortschritt durch Weitergabe von Wissen, einschließlich „Best-Practices“ Studien und Forschungen, Themen, die für die von Interesse und Belang sind.

Operative Ziele

Die operativen Ziele werden in drei Gebieten entwickelt: geografische Regionen, Themengebiete und die INTOSAI-Kontinente, mit Funktion für Führung, Bewertung, Kooperationsentwicklung, Ausbildung und Entwicklung. Ein Weitergabe von Wissen - Zielbereich. Die folgenden Maßnahmen der wichtigste Themen werden in die Erreichung dieser Ziele vollziehen:

- Globalisierung der INTOSAI-Führungskräfte (Jahres, Halb-, Arbeitsweise und Dauerfristigkeit in allen territorialen Organen)
- Weiterleitung der Arbeitsaufträge an die Führung in Zusammenarbeit mit der Aufbau nationaler sowie der Mitgliedern, die mehr als einer regionalen Gruppe angehören.
- Überarbeitung der derzeitigen Struktur der Komitees, Arbeitsgruppen und der Task Forces.
- Stärkung der Kommunikation und Kooperationsbeziehungen weltweit und zwischen den regionalen Arbeitsgruppen.
- Bekämpfung der Schwächen und die Optimierung Einsatzes der INTOSAI-Ressourcen.
- Vertiefender Einsatz von Technik und WWW basierten Plattformen in der Dienstlichen Kommunikation und Wissensmanagement.
- Beitrag zur Sachverständigen der internationalen Praktiken zu bewährte, Qualifikationen und wichtiger Indikatoren.
- Prüfung der Möglichkeiten, die die INTOSAI zur Zusammenarbeit mit und Überleitung bei anderen internationalen Organisationen gibt.

Zentrale Werte

Unabhängigkeit	Integrität	Professionalität	Glaubwürdigkeit
Effektivität		Zusammenarbeit	

Aktuelle Informationen zu den INTOSAI Richtlinien für die Finanzkontrolle

Auf der im Oktober in Wien abgehaltenen Tagung des INTOSAI Präsidiums berichtete das Richtlinienkomitee für die Finanzkontrolle (ASC) über die Fortschritte, die es bei den Aufgaben erzielt hatte, die ihm auf dem XVII. INCOSAI in Seoul zugewiesen wurden. Bis zum Jahr 2004 wird sich das ASC vorrangig folgenden Projekten widmen:

- Entwicklung von Umsetzungsrichtlinien für Wirtschaftlichkeitsprüfungen (ein Entwurf wurde im Dezember an alle INTOSAI Mitglieder geschickt, und die Richtlinien sind auf den Websites der INTOSAI und der Obersten Rechnungskontrollbehörde Schwedens verfügbar);
- Durchführung einer für das Jahr 2003 geplanten Umfrage in Zusammenarbeit mit dem Unterkomitee für Unabhängigkeit;
- Entwicklung einer webgestützten Bibliographie;
- Erstellung einer ASC Website und
- Entwicklung von Umsetzungsrichtlinien für Prüfungen der Rechnungsführung.

Entwicklung von Richtlinien für Prüfungen der Rechnungsführung

Gemäß den Mandaten, die das ASC auf den INCOSAI von Montevideo und Seoul (1998 bzw. 2001) erhalten hat, soll das Komitee die Ausarbeitung von Richtlinien für Prüfungen der Rechnungsführung abwickeln und leiten, die detaillierte Anleitungen für die Umsetzung der Prüfungsnormen der INTOSAI enthalten werden. Diese Richtlinien werden der gegenwärtigen Hierarchie der INTOSAI Normen (der Deklaration von Lima, dem Pflichten- und Verhaltenskodex und den Prüfungsnormen) eine vierte Ebene hinzufügen. In diesem Projekt sollen die bestehenden international anerkannten Richtlinien (ISA) der International Federation of Accountants (IFAC) verwendet werden.

Mit der Hilfe von Experten von ORKB (sowohl vom ASC als auch von der INTOSAI insgesamt), soll das ASC mit dem International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) der IFAC und dessen Arbeitsgruppen zusammenarbeiten, um zu gewährleisten, dass die Richtlinien so weit wie möglich das besondere Umfeld der öffentlichen Finanzkontrolle berücksichtigen. Erforderlichenfalls soll das ASC Praxishinweise verfassen, in denen klargestellt wird, wie die jeweilige ISA im öffentlichen Sektor angewendet werden kann. Das ASC soll außerdem in jenen Bereichen, die von der IFAC nicht abgedeckt werden, neue Richtlinien erstellen. Eine INTOSAI Richtlinie wird aus der entsprechenden ISA und dem dazugehörigen Praxishinweis oder einer neuen Richtlinie des ASC bestehen.

Projektstruktur

Das Präsidium hat den Vorschlag des ASC für einen Arbeitsplan und eine Projektstruktur zur Umsetzung der Richtlinien für Prüfungen der Rechnungsführung angenommen. Das ASC ist derzeit mit der Einrichtung der Projektstruktur beschäftigt, die eine Arbeitsgruppe, eine Projektsekretariat und ein Referenzgremium umfassen wird.

Die schwedische ORKB leitet die Arbeitsgruppe, zu deren weiteren Mitgliedern die ORKB von Österreich, Großbritannien, Kamerun, Kanada, Namibia, Norwegen und die Vereinigten Staaten zählen. Die Arbeitsgruppe soll im Namen des Komitees Vorschläge für Richtlinien ausarbeiten.

Das Referenzgremium wird aus 25-30 Experten aus den Mitgliedsorganisationen der INTOSAI bestehen, die ihr Fachwissen einbringen und die Anliegen des öffentlichen Sektors in den Arbeitsgruppen der IFAC vertreten. Das ASC wird im kommenden Jahr mit den INTOSAI Mitgliedern in Kontakt treten und einige ORKB bitten, Experten für die Teilnahme an diesem Projekt zur Verfügung zu stellen.

Zur Unterstützung der Arbeitsgruppe hat der Vorsitz eine Projektdirektorin – Karin Holmerin, Prüfungsleiterin in der Obersten Rechnungskontrollbehörde Schwedens und Wirtschaftsprüferin – ernannt, die gemeinsam mit weiteren Mitarbeitern ein Projektsekretariat bildet. Dieses Sekretariat arbeitet im Auftrag des Vorsitzes der Arbeitsgruppe und ist für die praktische Koordination und Vorbereitung der Tätigkeit der Arbeitsgruppe und des Referenzgremiums verantwortlich.

Zukünftige Aufgaben

Derzeit ist die IFAC damit beschäftigt, die bestehenden ISAs zu überprüfen und erforderlichenfalls neue zu formulieren. Die Entwürfe werden auf der Website der IFAC veröffentlicht: <http://www.ifac.org>

In Übereinstimmung mit dem aktuellen Arbeitsplan der IFAC wird die Arbeitsgruppe des ASC Prioritäten für eine Mitarbeit in den entsprechenden IFAC Arbeitsgruppen setzen.

Das ASC hofft, im Oktober 2003 dem Präsidium die ersten Richtlinien zur Annahme vorlegen zu können und wird die INTOSAI ersuchen, diesen Richtlinien bis zum Jahr 2004 zuzustimmen.



IDI Update

IDI Update informiert über die Entwicklungen bei der Tätigkeit und den Programmen der INTOSAI Entwicklungsinitiative. Nähere Einzelheiten über die IDI und aktuelle Informationen zwischen den Ausgaben dieser Zeitschrift finden sich auf der IDI-Website unter <http://www.idi.no>.

Im Mittelpunkt der aktuellen Ausgabe von IDI Update steht das Ziel 3 des Strategischen Plans der IDI: "Zusammenarbeit mit den ständigen Komitees und den Arbeitsgruppen der INTOSAI".

Überblick

Die Arbeitsgruppen und ständigen Komitees der INTOSAI leisten wichtige Beiträge zu strategischen Schlüsselthemen, die für die Tätigkeit von ORKB auf der ganzen Welt von großer Bedeutung sind. Aber die Aufgabe, diese Beiträge in wirksame Prüfungspraktiken und –techniken zu verwandeln, ist nicht immer ganz einfach. Die IDI verfügt über ein Mandat von ORKB in Entwicklungs- und Schwellenländern, das sie beauftragt, mit den ständigen Komitees und den Arbeitsgruppen der INTOSAI zusammenzuarbeiten und die oben genannten Schwierigkeiten durch effektive Schulungen zu beseitigen. Im Folgenden wird beschrieben, wie die IDI dieser Aufgabe begegnet.

Umweltprüfung

Die engste Zusammenarbeit bestand bis dato mit der INTOSAI Arbeitsgruppe für Umweltprüfung (WGEA). Die WGEA und die IDI begannen im Juli 2002, einen Übersichtsplan für eine Zusammenarbeit zu erörtern. Im November 2002 fand in Oslo eine Sitzung zur Festlegung des Lehrplans statt, an der erfahrene Mitglieder der Arbeitsgruppe (aus China, Costa Rica, Großbritannien, Jordanien, Kanada, Norwegen, Pakistan, Südafrika und den Vereinigten Staaten) gemeinsam mit Vertretern der IDI und einem IDI Schulungsleiter aus Indien teilnahmen.

Der Zweck dieser Sitzung war die gemeinsame Ausarbeitung eines Kernlehrplans für ein Schulungsprogramm im Bereich der Umweltprüfung. Die Ergebnisse dieser Sitzung und das geplante weitere Vorgehen wird der Arbeitsgruppe auf ihrer Jahrestagung in Costa Rica im Januar 2003 präsentiert werden. Falls es seitens der Arbeitsgruppe keinerlei Einwände gibt, wird voraussichtlich ein Prüfungsseminar für das vorgesehene Instruktorenteam (aus dem Pool von Schulungsleitern der ASOSAI, AFROSAI und SPASAI) veranstaltet, in dessen Anschluss auf einer Sitzung zur Kursgestaltung der Inhalt und die Methodik des Kurses festgelegt wird. Der aktuelle Vorschlag sieht einen Versuchslauf innerhalb der ASOSAI im Jahr 2003 vor. Anschließend würde die IDI die Übersetzung der Kursunterlagen ins Arabische, Französische und Spanische veranlassen und würde den Inhalt an die regionalen Gegebenheiten anpassen, sodass der Kurs auch in anderen Regionalorganisationen gehalten werden kann.

Staatsschulden

Für die Zusammenarbeit mit dem Komitee für die Staatsschulden (PDC), dessen Vorsitz die ORKB von Mexiko führt, wird ein etwas anderer Ansatz verwendet. Nach einer Planungssitzung mit dem PDC und dem Regionalen Schulungskomitee der OLACEFS in Ottawa, Kanada, im Dezember 2002 sieht die vereinbarte Strategie die Entwicklung und Veranstaltung eines 5-wöchigen Kapazitätsbildungsprogramms für Instruktoressen der OLACEFS vor, die sich auf den Bereich der Prüfung der Staatsschulden spezialisiert haben. An dem Programm sollen 24 Vertreter von 12 ORKB teilnehmen. Im Anschluss an dieses Programm werden ausgewählte Teilnehmer einen zweiwöchigen regionalen Work-

shop über die Prüfung der Staatsschulden für Rechnungsprüfer aus allen ORKB der OLACEFS planen und veranstalten. Nachdem der Kurs überarbeitet wurde, wird er den anderen ORKB der Region auf CD-ROM zur Verfügung gestellt. Die IDI wird dann bei der Übersetzung und Verteilung der CD an die anderen Regionalorganisationen behilflich sein.

Prüfung von Privatisierungen

Die Privatisierung von staatlichen Vermögenswerten ist ein globales Phänomen, dem die ORKB vermehrte Aufmerksamkeit entgegenbringen sollten. Die IDI hat gemeinsam mit der Arbeitsgruppe über die Prüfung von Privatisierungen, die vom britischen National Audit Office geleitet wird, informelle Pläne zur Entwicklung einer Methodologie für die Verbreitung ihrer allgemein geschätzten Richtlinien ausgearbeitet.

Vor kurzem veranstaltete die ASOSAI in Bangkok, Thailand, einen kombinierten Workshop für Kursgestaltung und Schulungstechniken (CDITW), in dem 32 neue Schulungsleiter für diese Region ausgebildet wurden. Außerdem wurde von der ASOSAI beschlossen, im Rahmen des CDITW einen Kurs für die Prüfung von Privatisierungen zu entwickeln. Die IDI und die Arbeitsgruppe haben einen Sachexperten zur Verfügung gestellt, um die ASOSAI bei der Entwicklung des Kurses, der 2003 fertig gestellt und innerhalb der Regionalorganisation gehalten werden soll, zu unterstützen. Die Arbeitsgruppe und die IDI werden den Kurs anschließend einer Prüfung unterziehen und das weitere Vorgehen beschließen, das entweder in der Übersetzung und Verbreitung oder in der Weiterentwicklung eines Kurses von internationalem Format bestehen kann.

IT-Prüfung

Das INTOSAI Komitee für IT-Prüfung ist notwendigerweise ein sehr aktives Gremium. Die IT-Prüfung agiert in einem der sich am schnellsten verändernden Umfeld, dem Rechnungsprüfer gegenüberstehen, und ein Mangel an aktuellem Wissen kann unter Umständen die Wirksamkeit der ORKB-Tätigkeit gefährden. Die Zusammenarbeit der IDI mit dem Komitee für IT-Prüfung stützt sich auf Kursmaterialien, die vom Komitee erstellt wurden, und zu deren Förderung und Verteilung die IDI beitragen wird. Ein Kurs mit dem Titel "Einführung in die IT-Prüfung" wurde in der ASOSAI entwickelt und zum ersten Mal im März 2002 in der indischen Hauptstadt Neu Delhi veranstaltet. Die IDI hat bei der Entwicklung von Kursmaterialien und der Verteilung der Kursunterlagen (auf CD-ROM erhältlich) mitgeholfen.

Auf der Jahrestagung des Komitees im Dezember 2002 wurde die IDI damit beauftragt, den ASOSAI-Kurs für alle ORKB auf CD-ROM verfügbar zu machen.

Schulungen innerhalb der OLACEFS

Von 18.-29. November 2002 organisierte die OLACEFS einen neu entwickelten regionalen Schulungskurs für Wirtschaftlichkeitsprüfung in La Paz, Bolivien. Insgesamt nahmen 26 Vertreter von 7 ORKB daran teil. Dies war der erste Kurs, den die OLACEFS im Rahmen des Projektes für technische Hilfe im Schulungswesen, das die Organisation gemeinsam mit der IDI, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und dem US General Accounting Office durchführt, angeboten hat. Der Kurs wurde von OLACEFS Schulungsleitern aus sieben verschiedenen Ländern mit fachlicher Hilfe der IDI und eines

Sachexperten des GAO entwickelt. Ein Team von regionalen Schulungsleitern aus verschiedenen Ländern (Venezuela, Kuba, Costa Rica und die Vereinigten Staaten) haben den Kurs gehalten, der im Februar 2003 in Panama zum zweiten Mal veranstaltet werden wird. Dieses 3-jährige Kapazitätsbildungsprogramm wird von der Interamerikanischen Entwicklungsbank finanziert.

Kontaktadresse der IDI

Wenn Sie zu einem der Beiträge in dieser Ausgabe von IDI Update Stellung nehmen möchten, rufen Sie bitte + 47 22 24 13 49 oder senden Sie ein e-mail an idi@idi.no.

INTOSAI 2003 Events

Januar

13-15 Arbeitsgruppe
Umweltprüfung Treffen
des Steering Committee

20-22 VII Treffen des EUROSAI
Schulungsausschusses
Lissabon, Portugal

April

3-4 Komitee für die Richtlinien
für die Finanzkontrolle
(Arbeitsgruppentreffen)
Washington, DC

8-12 Internationales
Konsortium für staatliche
Haushalts- und
Wirtschaftsführung
Miami, Florida

28-29 Task Force strategische
Planung des Präsidiums
der INTOSAI
Washington, DC

Juli

Oktober

13-16 51. Präsidialtagung
Budapest, Ungarn

15 II Treffen der EUROSAI
Arbeitsgruppe IT
Bern, Schweiz

Februar

Mai

26-28 3rd Training Event of
EUROSAI Prague,
Tschechische Republik

August

11-14 VI CAROSAI
Kongress
Hamilton, Bermuda

November

März

31 VN/INTOSAI Seminar
über staatliche
Finanzkontrolle
Wien, Österreich
31. März - 4. April

Juni

5-6 EUROSAI-EUROSAI
Conference
Kopenhagen, Dänemark

September

XXVII. EUROSAI
Präsidialtagung
Italien
September—Oktober
(Datum wird noch
bekanntgegeben)

Dezember

Anmerkung des Herausgebers: Dieser Veranstaltungskalender ist ein Baustein der Kommunikationsstrategie der INTOSAI und soll zu einer besseren Terminvorschau und –abstimmung beitragen. Diese regelmäßig erscheinende Rubrik der Zeitschrift enthält INTOSAI-Veranstaltungen und Veranstaltungen der Regionalorganisationen wie Kongresse, Generalversammlungen und Präsidialtagungen. Aus Platzgründen können die zahlreichen regionalen Schulungsveranstaltungen keine Berücksichtigung finden. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte das Generalsekretariat der jeweiligen regionalen Arbeitsgruppe.

